

Bericht

zur Situation der Landwirtschaft

im Landkreis Märkisch-Oderland

Vorwort

Mit dem vorliegenden Landwirtschaftsbericht soll aus der Sicht des Amtes für Landwirtschaft das Jahr 2007 eingeschätzt werden.

Es brachte vorher nicht für möglich gehaltene Erzeugerpreise bei Getreide, Raps und Milch auf der einen Seite, aber auch damit einhergehende Belastungen der Schweine- und Geflügelproduktion, die Bodenpreise explodierten förmlich aufgrund der Vergabepraxis der Bodenverwertungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG). Eine andere Kehrseite der Medaille sind die um ca. 20 % gestiegenen Betriebskosten. Dieser Fakt wird traditionsgemäß in der Gesellschaft weit weniger stark wahrgenommen als der gestiegene Preis für ein Brötchen oder einen Liter Milch. Dabei hat Deutschland noch immer im Vergleich mit den anderen „alten“ EU-Staaten die niedrigsten Lebensmittelpreise.

Diese vorgenannte Entwicklung hatte auch großen Einfluss auf die Betriebe unseres Landkreises. Die überproportional gestiegenen Erzeugerpreise in der Pflanzenproduktion und bei der Milch konnten die eher unterdurchschnittlichen Ernteergebnisse kaschieren und unter dem Strich zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung beitragen.

Sorgenkind bleibt die Tierproduktion, die die größten Effekte für den Arbeitsmarkt bringt, aber auch den höchsten Investitionsbedarf erfordert.

Der Bericht zeigt auch die ungebrochen positive Entwicklung bei der Förderung des ländlichen Raumes und den gegenwärtigen Stand bei den erneuerbaren Energien, die doch 2007 auf dem Boden der Tatsachen gelandet sind und verstärkter Aufmerksamkeit bedürfen.

Jan Paepke
Amtsleiter

Seelow, März 2008

1. Landwirtschaftliche Bodennutzung

1.1. Anbaustruktur und Erträge der Kulturpflanzen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Anbauflächen des Jahres 2007 den Flächenanteilen des Jahres 2006 gegenübergestellt worden.

Anbauflächen der wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturen (inkl. Anbau als nachwachsender Rohstoff auf Stilllegungsflächen)

	2006 in ha	2007 in ha
Winterweizen	34.114	29.458
Winterroggen	11.879	17.520
Wintergerste	7.249	6.947
Sommergerste	1.322	1.015
Triticale	4.264	3.074
Körnermais	3.681	ursprünglich geplant 2.858 tatsächl. geerntet. 4.803
Getreide gesamt (einschl. Körnermais)	64.639	65.610
Winterraps	13.827	15.195
Sonnenblumen	4.732	2.280
Ölsaaten gesamt	19.398	18.080
Erbsen	1.981	1.514
Lupinen	1.574	1.200
Eiweißpflanzen gesamt	3.599	2.784
Silomais	6.768	ursprünglich geplant 9.728 tatsächl. geerntet 7.783
sonstiges Ackerfutter	8.745	8.262
Kartoffeln	180	160
Zuckerrüben	1.803	2.335
Hackfrüchte gesamt	1.984	2.495
Stilllegung ohne nachw. Rohstoffe und aus der Erzeugung genommene LN	10.175	9.120

Insgesamt kann konstatiert werden, dass eine deutliche Abnahme bei Winterweizen und eine deutliche Zunahme bei Winterroggen erfolgte. Dieser Effekt ist ausschließlich auf den Abschluss von Kontrakten mit Bioethanolproduzenten zurückzuführen.

Triticale erlebt seit einigen Jahren einen negativen Trend; es ist davon auszugehen, dass der züchterische Fortschritt hier nicht mit anderen Getreidearten Schritt gehalten hat. Inzwischen soll aber die Energieausbeute über höhere Stärkegehalte verbessert werden, so dass zumindest auf den Grenzertragsböden, die für die Weizenproduktion nicht mehr so gut geeignet sind, Alternativen zum Roggen bestehen.

Der Rückgang der Sommergerstenfläche fällt in unserem Landkreis kaum ins Gewicht, in typischen Anbaugebieten für Braugerste (Bayern, Baden-Württemberg) sind diese Auswirkungen viel deutlicher zu spüren. Der Mangel an Braugerste ist neben den gestiegenen Herstellungskosten für die Erhöhung des Bierpreises verantwortlich.

Daneben verwenden ausländische Brauereien verstärkt Mais und Reis als Gerstenersatz, was in Deutschland wegen des Reinheitsgebotes nicht möglich ist.

Bei Mais ist ein erwarteter Anstieg um insgesamt gut 2.000 ha zu verzeichnen. Hier wirft die zunehmende Anzahl an Biogasanlagen und deren Bedarf an Silage ihre Schatten voraus. Durch die hohen Erträge konnte dieser Bedarf inklusive der Maissilage für die Tierfütterung mehr als ausreichend gedeckt werden, so dass diverse Unternehmen den Silomais stehen ließen und schließlich als Körnermais für die Mischfüttererzeugung ernteten.

Bei den Ölsaaten waren 2007 zwei gegenläufige Tendenzen erkennbar.

Während der Winterrapsanbau vor allem zur Biodieselproduktion zunahm, ging der Anteil an Sonnenblumen auf 2.280 ha zurück. Es liegt die Vermutung nahe, dass einerseits das gesamte Anbauverfahren doch nicht so ausgereift ist wie beim Raps und deshalb auch die Erträge nicht Schritt halten, andererseits aber eine größere Abhängigkeit von den Ölmühlen oder Produzenten von Vogelfutter besteht und deshalb der Absatz schwieriger ist.

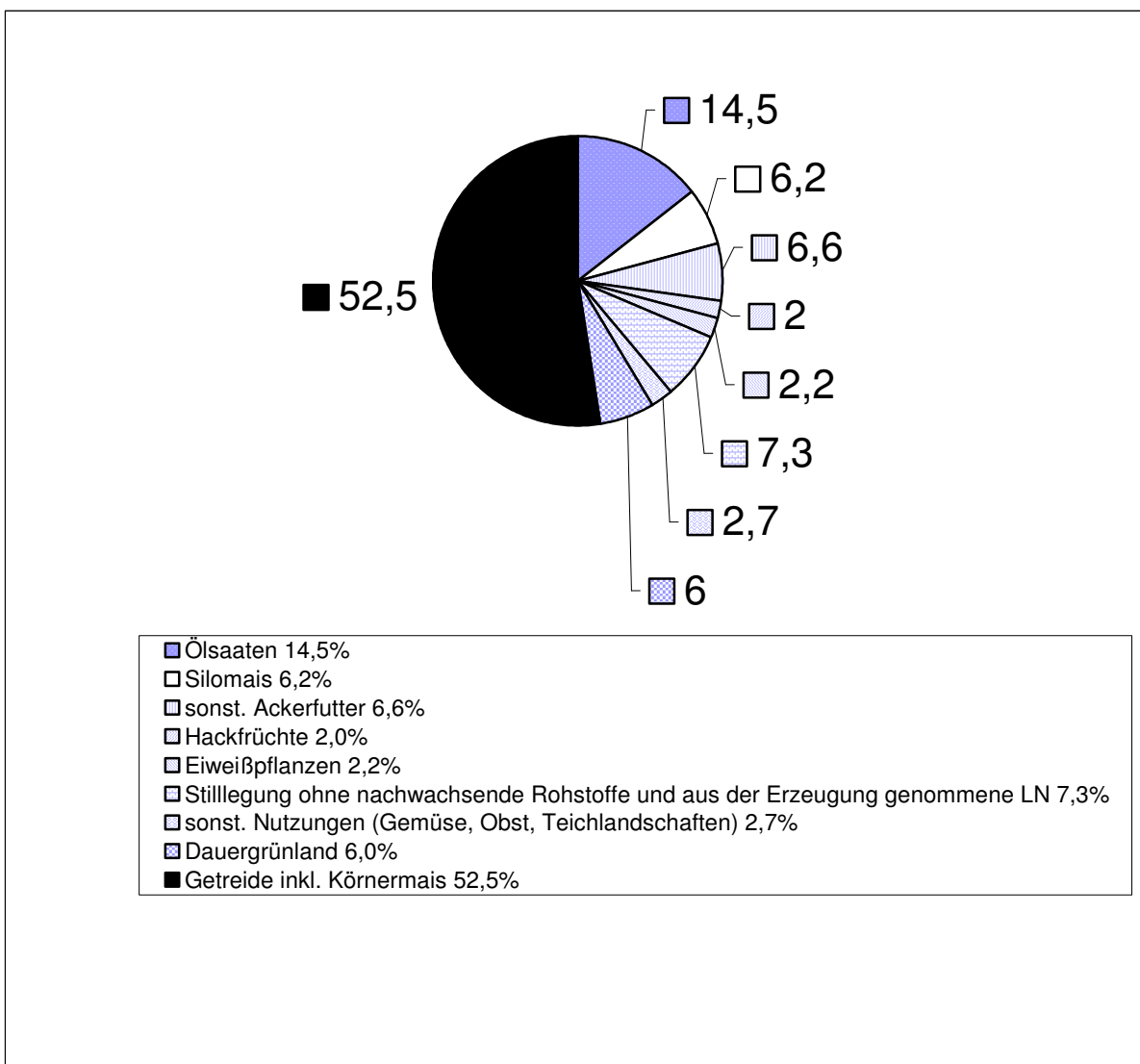
Die Entwicklung bei Kartoffeln auf den nunmehrigen Tiefstand von 160 ha im gesamten Landkreis ist katastrophal und kaum mehr umzukehren. Hierbei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Langfristig sichere Abnahmegarantien gibt es faktisch nicht. Die Lieferung guter Qualitäten ist auf unseren zumeist steinreichen Böden ungleich schwieriger. Ohne größere Erzeugerzusammenschlüsse mit dem Angebot großer

einheitlicher Parteien für den Einzelhandel ist diese Absatzschiene verwehrt. Zudem war auch aus Gründen der begrenzten Prämienrechte eine Ausweitung des Anbaus nicht lukrativ, denn ein Zukauf von OGS-Zahlungsansprüchen würde die Kostenkalkulation weiter verschlechtern. Es bleibt zu hoffen, dass diese speziellen Zahlungsansprüche noch 2008 wegfallen.

In vielen Regionen werden hohe Kartoffelerträge durch Beregnung erkaufte, dafür sind wieder zusätzliche Investitionen nötig.

Zu den Zuckerrüben folgen nähere Erläuterungen an späterer Stelle in diesem Bericht.

Der Rückgang der Stilllegung ohne nachwachsende Rohstoffe um ca. 1.000 ha war wegen des verstärkten Anbaus von Energiegetreide und Raps für Biodiesel folgerichtig.



Die Zahlen machen deutlich, dass es sich um eine unterdurchschnittliche Ernte gehandelt hat. Ausschlaggebend war eindeutig der Winterroggen. Im Gegensatz zu anderen Getreidearten hat er die akute Trockenheit von Ende März bis Anfang Mai mit kaum messbaren Niederschlägen am schlechtesten verkraftet, obwohl die Kulturen gute Überwinterungsbedingungen und auch insgesamt positive Startbedingungen im Frühjahr hatten. Die niedrigen Tausendkorngewichte überraschten auch viele Experten, denn visuell sahen die Bestände auch nach der Trockenheit noch recht gut aus.

Trotzdem wäre das Ernteergebnis noch besser ausgefallen, wären nicht die vorher fehlenden Frühjahrsniederschläge dann ausgerechnet zur Ernte gekommen.

So waren diverse Ernteverluste vorprogrammiert und die Trocknungskosten höher als üblich.

Dieser Effekt war bei den Ölfrüchten ebenfalls zu spüren, was aus der Tabelle allerdings nicht hervorgeht.

Erträge der wichtigsten Ölfrüchte

Fruchtart	ME	2006	Durchschnitt 2002 - 2006	2007	Vergleich zum Durchschn. 2002 - 2006 in %
Winterraps	dt/ha	28,8	29,4	30,2	102,7
Körner Sonnenblumen	dt/ha	21,5	21,8	25,1	115,1
Öllein	dt/ha	12,0	12,3	13,5	109,8

Mit 30,2 dt/ha kann die Landwirtschaft auf die drittbeste Ernte überhaupt bei Winterraps verweisen. Bei Sonnenblumen wurde mit den 25,1 dt/ha sogar die zweitbeste Ernte nach 2003 eingefahren.

Erträge weiterer Kulturpflanzen 2007:

Kartoffeln	320 dt/ha
Zuckerrüben	558 dt/ha
Silomais	432 dt/ha
Körnermais	106 dt/ha

Während sich der Wert bei den Kartoffeln im normalen Rahmen bewegt, kann der Rübenantrag als sehr gut eingeschätzt werden.

Die Maiserträge waren sogar herausragend, trotz auch hier nicht optimaler Erntebedingungen. Erst Mitte Dezember ist der letzte Körnermais gedroschen worden.

Im Landesvergleich bewegen sich unsere Ernteergebnisse ausschließlich in der Spitzengruppe.

Hinsichtlich der Qualitäten bei Getreide spricht das Institut für Getreideverarbeitung Potsdam-Rehbrücke von einer insgesamt guten Verarbeitungsqualität. Zwar gab es landesweit etwas höhere Feuchtegehalte bei Weizen, verbunden mit Kleinkörnigkeit, geringerer Tausendkornmasse und niedrigen Hektolitergewichten. Die Protein- und Klebergehalte bewegten sich aber auf dem Niveau des Vorjahres. So konnte insgesamt ein höherer Anteil der Ernte als Qualitätsgetreide eingestuft werden als im 5-jährigen Mittel.

Ganz ähnlich verhielt es sich beim Roggen.

Neben Ertrag und Qualität sind natürlich die Erzeugerpreise von größtem Interesse für die Landwirte.

Den rasanten Anstieg des Preisniveaus verdeutlichen einige Zahlen vom Oktober 2007:

- Weizen ca. 23,00 €/dt (2006: 14,00 €/dt, 2005: 10,00 €/dt)
- Brotroggen 22,00 €/dt (2006: 11,00 €/dt)
- Futtergerste 21,00 €/dt (2006: 11,00 €/dt)
- Raps 35,00 €/dt (2006: 24,00 €/dt, 2005: 2,00 €/dt)
- Mais 20,00 €/dt (2006: 14,00 €/dt)

Spitzenpreise bei E-Weizen von 28,00 €/dt, bei A-Weizen von 24,00 €/dt waren durchaus möglich.

Im Jahr 2007 spielten deshalb auch die eigenen Lagerkapazitäten nur eine untergeordnete Rolle, auch der Verkauf der Ernte direkt vom Feld war lohnend. Vor allem die Marktfruchtbetriebe profitierten von diesen Preisen. Auch regionale Verarbeitungs- und Aufbereitungsbetriebe wie z. B. die Getreideverarbeitung in Thüringswerder können positive Ergebnisse vorweisen. Mit 45.000 t Getreide, Mais und Ölsaaten wurde eine Menge umgesetzt, die vor einigen wenigen Jahren noch undenkbar schien.

Ganz hart traf es dagegen die Tierproduzenten vor allem auf dem Schweine- und Geflügelsektor, weil sich die Futtermittel, die ja hauptsächlich auf Basis von Getreide, Mais und Soja hergestellt werden, extrem verteuerten.

Auch die Bioethanolanlage in Schwedt hatte das Nachsehen und musste zeitweilig den Betrieb massiv herunterfahren.

Was führte nun eigentlich zu diesen Auswirkungen?

Hauptursache ist die Entwicklung auf dem Weltmarkt. Während in Asien der Fleischverbrauch wegen des wachsenden Wohlstands stark anstieg und dieses Fleisch zunehmend über Getreide erzeugt wird (pro kg Rindfleisch müssen beispielsweise 10 kg Getreide verfüttert werden), hatten andere Regionen (z. B. Australien, Ukraine) schlechte Ernten. Dazu kommt der weltweit steigende Bedarf an Anbauflächen für die regenerative Energiegewinnung. Diese Flächen treten in direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, die wegen der wachsenden Weltbevölkerung auch stetig steigen muss. Allein die USA wollen in 10 Jahren rund 60 Milliarden Liter Bioethanol produzieren, das ist dreimal so viel wie heute. Das würde 40 % ihrer derzeitigen Getreideernte beanspruchen. Dass das auf die Lebensmittelpreise in Deutschland durchschlägt, ist nicht verwunderlich. Endlich kann man aber davon sprechen, dass Preiserhöhungen gerechtfertigt sind und auch beim Erzeuger ankommen. Leider trifft das nicht für die Tierhalter (ausgenommen Milch) zu, die Ladenpreise sind kaum gestiegen, der Absatz stagniert und schwarze Zahlen sind schwer erreichbar.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Ernte 2007 für unsere Betriebe ziehen?

- Da der generelle Trend hinsichtlich zunehmender Wasserknappheit nicht aufzuhalten ist, sind entsprechend trockenresistente Sorten und eine Wasser sparende Landnutzung unverzichtbar.
- Dem entsprechend sind die landesweiten Sortenversuche intensiv zu verfolgen und zu begleiten.
- Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und des Bodenwasserspeichervermögens über die Zufuhr organischer Substanz ist sicherzustellen.
- Der Erfahrungsaustausch mit Beratern und zwischen den Landwirten ist zu intensivieren.
- Triticale ist zunehmend als Energiegetreide gefragt, da der Ertrag in der Regel höher ist als bei Roggen und auch die Energieausbeute über steigende Stärkegehalte größer ist. Es bleibt abzuwarten, ob dadurch der Rückgang beim Triticaleanbau gestoppt

werden kann. Die konkreten Anbauzahlen liegen dem Amt für Landwirtschaft Ende Mai 2008 vor.

- Die Erhaltung und Stärkung einer regionalen Verarbeitung wie in Thöringswerder hat positive betriebliche und regionale Effekte. Über einen 24 Stunden-Dienst ist so beispielsweise auch eine Rapsernte um Mitternacht ablieferbar. Die Akzeptanz in der umliegenden Bevölkerung ist auch vorhanden.
- Die Frage des Wasserregimes vor allem im nördlichen Bereich des Oderbruchs muss einvernehmlich gelöst werden. Hier ist das Landesumweltamt vor allem gefragt, denn ohne eine ausreichende Wasserabführung über die Gewässer 1. Ordnung bleiben nach Starkniederschlägen vernässte Flächen zurück, die weder geerntet noch bestellt werden können. Die Ergebnisse der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung Landschaftswasserhaushalt „Glietzer Polder“ sind dabei konsequent umzusetzen. Der Gewässer- und Deichverband „Oderbruch“ ist über verstärkte Mittelzuweisung auch in den Folgejahren (2007 half dem Oderbruch ja quasi das überflutete Havelland) in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können. Bloße Versprechungen über eine bessere Finanzausstattung reichen nicht.
- Da die EU für 2008 die obligatorische Flächenstilllegung von 8,73 % erst mal auf Eis gelegt hat, wird der Marktfruchtanbau auf geeigneten Flächen sicherlich ausgedehnt werden. Es ist nicht aber davon auszugehen, dass die Erzeugerpreise stärken fallen.
- Die Betriebsmittel- und Maschinenkosten sind bereits 2007 um 15 – 20 % gestiegen. Hier ist das Ende noch nicht in Sicht. Damit werden z. B. ein noch effektiverer Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln oder ein sorgsamer Umgang mit der Landtechnik wichtiger.

Anbau von Zuckerrüben

Der gute Zuckerrübenenertrag von 556 dt/ha wurde bereits erwähnt. Mit 17,3 °S war der Zuckergehalt durchschnittlich. Die Anbausteigerung um gut 500 ha resultierte aus der Historie der Vorjahre, weil es wegen einer hohen Überlieferung 2005 auf Drängen der EU zu einer starken Kürzung in 2006 gekommen war.

Hinsichtlich der Erntebedingungen kann eingeschätzt werden, dass sie wegen der Septemberrniederschläge anfangs problematisch waren und auch ein höherer Schmutzanteil (ca. 6 %) verzeichnet wurde. Dies besserte sich im Rahmen der weiteren Kampagne. Allerdings traten 2007 verstärkt Blattkrankheiten auf, die rechtzeitig bekämpft werden mussten.

Auf die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, hier sei an erster Stelle die Reform der Zuckermarktordnung genannt, ist bereits im Landwirtschaftsbericht vom Oktober 2006 ausführlich eingegangen worden.

Inzwischen hat der Agrarrat am 26.09.2007 wichtige Änderungen der Umstrukturierungsregelung für den Zuckersektor beschlossen, weil die freiwillige Aufgabe der Zuckerrübenproduktion in vielen Regionen nur schleppend vorankommt. So soll z. B. der Ausstieg des Anbauers nicht nur finanziell honoriert, sondern inzwischen auch direkt über das jeweilige Zuckerunternehmen abgewickelt werden können. Die Unternehmen wollen 13,5 % der ihnen zugeteilten Quoten in einen Umstrukturierungs-fonds geben, aus dem wiederum 10 % dieser Umstrukturierungsbeihilfe den Rübenanbauern gezahlt werden sollen. Zuzüglich einer weiteren Zahlung je Tonne zurückgegebene Zuckerquote soll dies Anreiz zum Ausstieg aus der Rübenproduktion sein. Die einzelnen Zuckerunternehmen müssen in diesem Zusammenhang Verarbeitungskapazitäten abbauen. Für unseren Frankfurter Zuckerrübenanbauverband ist von entscheidender Bedeutung, ob die angekündigte Schließung der Zuckerfabrik in Elsdorf (Stammwerk der Fa. Pfeifer & Langen) vollzogen und durch die EU akzeptiert wird. In diesem Fall könnten die hiesigen ausstiegsbereiten Rübenanbauer eine Prämie von bis zu 42,60 €/t Rüben erwarten, was eine Ausstiegsentscheidung natürlich erleichtern würde.

Allein Brandenburg muss zur Marktentlastung die Rübenliefermenge um 200.000 t verringern, zukünftig wird wahrscheinlich die Hälfte der Rübenquote abgegeben.

In Märkisch-Oderland werden die Auswirkungen wahrscheinlich nicht ganz so drastisch sein, es wird mit ca. 30 % Wegfall der Quote kalkuliert.

Die Aufgabe der Quote auf Grenzstandorten und vor allem bei Betrieben mit relativ geringer Rübenanbaufläche ist vor allem deshalb ins Stocken geraten, weil diverse Grundstücksverpächter – allen voran die BVVG und einige Rechtsanwälte – die Vergütung für den Quotenausstieg ganz oder zumindest teilweise für sich beanspruchten. Sie gehen davon aus, dass die damalige Verteilung der Rübenquoten Anfang der 1990er Jahre bodengebunden erfolgte. Inzwischen scheint sich aber die Auffassung durchzusetzen, und so sehen es beispielsweise auch die Zuckerfabrik in Könnern und der Landesbauernverband, dass es niemals eine flurstücksbezogene Zuteilung der Quoten gegeben hat und auch nur der damalige Bewirtschafter eine Quote erhielt. Auch in den letzten Jahren erfolgte Quotenkürzungen riefen nie irgendwelche Einwände der Verpächter hervor.

Es bleibt zu hoffen, dass EU-weit die Größenordnung von 5 – 6 Millionen Tonnen Zuckerquote aufgegeben wird, ansonsten drohen nach 2010 Zwangskürzungen bei den verbleibenden Anbauern ohne Ausgleich.

Damit wird die EU-Zuckerproduktion stark zu Gunsten des Imports von billigerem Rohrzucker aus Nicht-EU-Staaten heruntergefahren, völlig egal, nach welchen Grundsätzen der dortige Zuckerrohranbau durchgeführt wird.

1.2. Kulturlandschaftsprogramm

Wegen der neuen EU-Förderperiode und der Einführung des ELER-Fonds mit seinem Schwerpunkt 2 (Verbesserung der Umwelt und der Landschaft) wurde das neue Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) in den Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Berlin/Brandenburg (EPLR) integriert, eine neue Richtlinie liegt vor (KULAP 2007).

Gleiches gilt auch für die neu formulierte „Richtlinie des MLUV zum Ausgleich von Kosten und Einkommensverlusten für Landwirte in Natura 2000-Gebieten und im Zusammenhang mit der Richtlinie 2000/60/EG (Wasserrahmenrichtlinie)“. Hierbei handelt es sich um die so genannte Artikel 38-Förderung (ehemals Artikel 16) in Gebieten mit festgesetzten Nutzungseinschränkungen.

Beim KULAP war ein fließender Übergang möglich. Die Landwirte mussten selbst entscheiden, ob sie das alte KULAP 2000 bis zum Ende des 5-jährigen Verpflichtungszeitraumes nutzen oder bereits frühzeitig in das neue KULAP 2007 – mit allerdings zum Teil ungünstigeren finanziellen Anreizen – umsteigen.

Nach wie vor machen die Betriebe von diesen Fördermöglichkeiten regen Gebrauch.

Mit Stand 25.01.2008 konnten insgesamt fast 2,3 Mio. Euro an alle Antragsteller überwiesen werden. Der weitaus überwiegende Teil betrifft das KULAP und damit freiwillige Nutzungseinschränkungen der Unternehmen, die damit ihren Beitrag für den Erhalt der Artenvielfalt, die Eindämmung der Wassererosion oder den Schutz der Vogelwelt leisten.

Allein im alten KULAP 2000 konnten ca. 11.600 ha LN, davon 5.364 ha im ökologischen Landbau (4,3 % Anteil an LN des Landkreises), gebunden werden.

Ein Wermutstropfen ist allerdings der Wegfall der Förderung für die Pflege und die Erhaltung von Teichlandschaften. Das betrifft rund 700 ha und finanzielle Mittel von immerhin 179.000 Euro.

Alle Versuche des Landwirtschaftsamtes und auch des Landrates, hier das Ministerium zu einer anderen Haltung zu bewegen, blieben erfolglos.

1.3. Garten- und Obstbau

Das Jahr 2007 brachte wegen völlig unterschiedlicher klimatischer Auswirkungen auch sehr differenzierte Ergebnisse.

Gartenbau

Laut Agrarförderanträgen 2007 haben 47 Unternehmen (ca. 10 %) unseres Landkreises folgende Flächen mit gartenbaulichen Produkten genutzt:

gartenbaulich genutzte Gesamtfläche:	1.754,10 ha
dav. Gemüse Freiland:	1.328,60 ha
Spargel:	46,20 ha
Gemüse unter Glas und Plaste:	4,20 ha
dav. Zierpflanzen:	3,90 ha
Küchenkräuter:	0,30 ha

Die Fläche für Obstkulturen betrug 363,90 ha und die für Baumschulen 7,00 ha.

In 2008 ist mit einer Erhöhung der Betriebsprämien bei den Betrieben mit Dauerkulturen zu rechnen, da für diese neuerdings auch Zahlungsansprüche zugewiesen werden.

Beim Förderprogramm „Integrierter Gartenbau“ (Bestandteil des KULAP) war im Vergleich zum Jahr 2006 ein negativer Trend nicht zu übersehen. Nur noch 11 Betriebe haben sich den strengen Anbaukriterien unterworfen, das sind 6 Betriebe weniger. Gründe sind sowohl die inzwischen auf 75,00 Euro/ha gesunkene Förderung, die mangelnde Ertragsstabilität vor allem bei fehlender Beregnung als auch Probleme in der Zusammenarbeit mit den Abnehmern der Ernte.

Insbesondere das Zusammenspiel mit der Frostungsanlage in Manschnow ist von Natur aus nicht einfach. So wird der Anbauprozess bei den Speiseerbsen von der Aussaat über Pflegemaßnahmen bis zur Festlegung des konkreten Erntetermins von Experten begleitet. Das setzt aber einen reibungslosen und pannenfreien Verarbeitungsablauf in der Fabrik voraus. Auf dem Feld dagegen müssen die Pflanzen einheitlich abreifen und die Witterungsbedingungen zur Ernte passen. In der Praxis gibt es daher immer wieder Abweichungen von den ursprünglichen Planungen.

Da andere Kulturen wesentlich einfacher zu handhaben sind und dazu inzwischen vergleichbare Gewinnmargen versprechen, gehen einige Landwirte also den scheinbar leichteren Weg. Leider geht damit aber auch ein Stück Qualität innerhalb der Fruchtfolge und auch Wertschöpfung verloren.

Im vergangenen Jahr hat die Anlage in Manschnow ca. 23.500 t Industriegemüse verarbeitet, davon mehr als die Hälfte von unseren Anbauern. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Verhältnis sich nicht weiter verschlechtert.

Die Agrargenossenschaft ODEGA Groß Neuendorf hat 2007 in ihren modernen Produktionsanlagen 2.000 t Weißkohl und 900 t Gurken zu Roh- und Sauerkonserven verarbeitet. Diese Erzeugnisse tragen das Qualitätssiegel „PRO AGRO geprüft“. Das Unternehmen beteiligt sich zudem am Versuch, die neue Regionalmarke „VON HIER“ im Lebensmitteleinzelhandel zu etablieren.

Hinsichtlich der Erträge bei Gemüse kann ganz allgemein eingeschätzt werden, dass die außergewöhnlich umfangreichen Niederschläge in den Sommermonaten für eine gute vegetative Entwicklung und eine gute Ertragsbildung der Bestände sorgten. Problematisch war der Pflanzenschutz, weil feuchtere Verhältnisse immer verstärkt Pilzkrankheiten nach sich ziehen.

Die Anbaufläche bei Frischgemüse hat sich stabilisiert.

Im Zuge der Preiserhöhungen bei anderen landwirtschaftlichen Produkten hoffen auch unsere Gemüsebauern auf steigende Erzeugerpreise.

Obstbau

Bereits die milde Witterung des Winters 2006/2007 deutete ein schwieriges Jahr 2007 an. Die Gehölze legten einen phänologischen Frühstart hin, der durch die besonders warmen Temperaturen im April nochmals beschleunigt wurde. Um so gravierender wirkten sich dann die wenigen Frostnächte Anfang Mai aus. Vor allem die Bestände in Bodensenken wiesen starke Schäden auf. Die Betriebe mussten vor allem bei der Hauptkulturart Apfel Erlöseinbußen von mehr als 30 % verkraften.

Versuchsstation Manschnow

Nach dem sich auch der Kreistag mehrmals mit der durch das Land vorgesehenen Schließung der Versuchsstation befasst hat, können an dieser Stelle leider keine befriedigenden Ergebnisse vermeldet werden. Noch sind beim Ministerium und im Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung keine Entscheidungen gefallen. Ob die Immobilie der Versuchsstation zu halten sein wird, ist eher fraglich. Wichtig wird vor allem sein, dass die Prüftätigkeit genau in diesem natürlichen Standortbereich mit seinen spezifischen Boden- und Klimaverhältnissen aufrecht erhalten wird.

BUGA 2007

Das hohe Niveau der Gärtner aus unserem Landkreis dokumentierten die zahlreichen Auszeichnungen anlässlich der BUGA in Gera und Ronneburg.

Drei Große Goldmedaillen erhielt Thomas Kaliebe aus Wegendorf für eine umfassende und sehr verständliche Information über außergewöhnliche Pflanzenarten, für die Züchtung neuer Echinodorus (Aquarienpflanzen) und das große Sortiment an Aquarienpflanzen.

Die Landwirtschaft Golzow Betriebs GmbH konnte eine Große Goldmedaille für ihr großes Gemüsesortiment in ausgezeichneter Qualität entgegennehmen.

Weitere Medaillen ergingen für spezielle Aufgaben bei der Gestaltung der Hallenschauen:

	Gold	Silber	Bronze
Kaliebe	23	11	8
Golzow	19	1	
LVLf (Versuchsstation Müncheberg)		3	

Auf diese Ergebnisse können die Beteiligten mit Recht stolz sein.

2. Tierproduktion

In den Betriebszweigen der Tierproduktion haben die Züchter und Mäster in den letzten Jahren viele Turbulenzen durchleben müssen. Das betrifft sowohl die Entwicklung der Preise, die sich sehr unterschiedlich bei den einzelnen Tierarten auswirkte, als auch die steigenden Kosten, insbesondere auf dem Futtermittel- und Energiesektor.

In einigen Fällen ist die Aufgabe der Tierhaltung die letzte Möglichkeit gewesen, um das Überleben des Betriebes zu sichern. Damit sind durch das territoriale Wegbrechen der tierischen Erzeugung Arbeitsplätze verloren gegangen.

Beispielhaft dafür ist die Einstellung der Milchproduktion in Werder, Prötzel, Wuschewier, Mallnow und Güstebieser Loose. Des Weiteren wurde die Mutterkuhhaltung in Kienitz aufgegeben, die Schweinezucht in Altwriezen und in Treplin. Weitere Schließungen von Standorten der Tierproduktion stehen unmittelbar bevor, vor allem wegen der katastrophalen Entwicklung auf dem Schweinesektor. Damit ist der Trend der Veredlung tierischer Produkte weiterhin rückläufig.

Das wird in der folgenden Tabelle nicht deutlich, nach Aussage von Betrieben und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes sind aber die gestiegenen Zahlen in 2007 hauptsächlich auf eine zunehmende Meldung von privaten Tierbeständen auf Grund einer besseren Akzeptanz der Meldepflicht aber auch einer gestiegenen Eigenversorgung zurück zu führen. Damit erhöht sich der GV-Besatz auf 0,35 GV/ha.

Entwicklung der gemeldeten Tierbestände im Landkreis							
Tierart	2002	2003	2004	2005	2007	Entwick- lung 2007 zu 2005	Entwick- lung 2007 zu 2001
	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	%	%
Rinder	33.600	31.783	30.911	30.106	30.248	100,47	90,02
davon Milchkühe	12.300	12.195	11.374	10.851	9.993	92,09	81,24
davon Mutterkühe	3.200	2.996	3.064	3.579	3.312	92,54	103,50
Schweine	52.300	66.457	68.847	70.647	75.054	106,24	143,51
davon Sauen	8.122	10.092	9.216	7.944	10.062	126,66	123,89
Schafe und Ziegen	24.400	22.742	20.296	18.394	17.669	96,06	72,41
dav. Muttern u. weibl. Jungtiere über 1 Jahr	17.800	18.077	16.969	15.513	10.062	64,86	56,53
Pferde	962	941	2.031	2.027	2.665	131,48	277,03
Geflügel	740.179	681.976	697.688	1.025.625	1.131.148	110,29	152,82
davon Puten	145.659	178.087	202.078	264.865	258.100	97,45	177,19
davon Enten	527.288	437.074	426.880	560.563	667.709	119,11	126,63
davon Hühner	67.232	66.815	68.730	197.911	202.317	102,23	300,92

2.1. Milchproduktion

Die Milchproduktion im Landkreis Märkisch-Oderland ist geprägt von einer negativen Bestandsentwicklung. Zählte der Tierbestand an Milchkühen am 31.12.2005 noch 10.851 Tiere, so waren es am 31.12.2007 nur noch 9.993 Milchkühe, der niedrigste Milchkuhbestand seit 2000. Von den Milch erzeugenden Betrieben haben 5 Unternehmen die Milchproduktion eingestellt, um die Wirtschaftlichkeit des Gesamtbetriebes zu erhöhen. Die Milchproduktion als Jobmaschine in der Landwirtschaft verliert damit viele Arbeitsplätze.

Der Stolz unserer Milcherzeuger im Landkreis sind die sehr guten Leistungen der Kühe, die im Milchwirtschaftsjahr 2006/2007 erzielt wurden.

So lag die Milchleistung mit 8.645 kg je Kuh/Jahr um 37 kg über dem Landesdurchschnitt des Landes Brandenburg. Damit haben sich die Jahresmilchleistungen der Kühe in den vergangenen 10 Jahren um rund 2.800 kg je Kuh erhöht. Im Gegensatz dazu hat sich aber das Alter der abgegangenen Tiere um 6 Monate verringert. Obwohl die Kühe mittlerweile zur ersten Kalbung durchschnittlich 2,4 Monate jünger sind als vor 10 Jahren, hat sich also die Nutzungsdauer vermindert. Eine lange Nutzungsdauer ist jedoch ein Indiz für die Gesundheit der Kuh. Demzufolge ist festzustellen, dass unsere Kühe mit steigendem Milchleistungsvermögen zunehmend empfänglicher für Krankheiten werden. Da das Milchquotensystem erst 2015 abgeschafft wird, die Betriebe also über ihre jeweilige Referenzmenge in ihrem Absatz reglementiert sind, ist natürlich mit steigender Tierleistung ein Bestandsabbau unumgänglich.

Im Ergebnis basiert der Rückgang bei den Milchkühen also auf zwei verschiedenen Ursachen, zum einen den Leistungssteigerungen in guten Beständen und zum anderen der Produktionsaufgabe in uneffizienten Anlagen.

Im Jahr 2007 setzte am Milchmarkt eine Entwicklung ein, die alle überraschte. Verbraucher müssen für manche Milchprodukte jetzt bis zu 30 % mehr zahlen, die Milcherzeuger erhalten einen Milchpreis, der deutlich über 40 Cent/kg liegt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Preissteigerungen für die Milchproduktion nachhaltig sind.

Hauptursache ist neben einer gestiegenen Inlandnachfrage vor allem der erhöhte Export. Die Nachfrage besonders in Asien ist drastisch gestiegen. Neben dem wachsenden Wohlstand und dem Bedarf an hochveredelten Milchprodukten spielt auch die Dürre in Australien eine große Rolle dabei.

Jedoch gehen die steigenden Milchpreise ebenfalls mit gestiegenen Kosten einher, was von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. So sind insbesondere die Kosten für Futtermittel wie Sojaschrot, Rapsschrot und Mischfutter stark angestiegen.

Im Rahmen des EU-Gesundheitschecks ist beabsichtigt, die Milchquote um 2 % zu erhöhen, um der Weltnachfrage gerecht zu werden. In Anbetracht des abzusehenden generellen Auslaufens der Quotenregelung zum 31.03.2015 ist das schwer verständlich und wird auch von Brandenburg abgelehnt.

Höhepunkt des Jahres 2007 in der Tierproduktion des Landkreises MOL war die 5. Kreistierschau in Golzow, bei der alle Züchter ihre „Besten“ zur Schau stellten. Daher sei in diesem Bericht noch einmal allen gedankt, die trotz bescheidener finanzieller Mittel durch ihren engagierten Einsatz zum guten Gelingen der Schau beigetragen haben.

2.2. Rinderproduktion

Der Bestand an Mutterkühen hat sich im Zeitraum von 2005 zu 2007 um 267 Tiere verringert. Das widerspiegelt die Futterknappheit aus dem Jahr 2006 mit seinen vielen aufeinanderfolgenden trockenen Sommermonaten. Aufgrund des schlechten Futteraufwuchses wurde in den Mutterkuhherden stark selektiert und teilweise mussten Kühe geschlachtet werden. Jetzt hat sich die Lage wieder entspannt, denn im letzten Sommer ist reichlich Futter gewachsen. Die Tierbestände können sich jedoch nur langsam über die eigene Reproduktion wieder erholen.

Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Mastrinder und Jungrinder im gleichen Zeitraum gestiegen. Ursache dafür ist, dass wieder mehr Hobbylandwirte zur privaten Bedarfsdeckung Tiere halten.

Die Preisentwicklung für die männlichen Absetzer (Kälber von 250 kg) ist 2007 mit fast 3,00 Euro/kg Schlachtgewicht recht ordentlich ausgefallen. Für die weiblichen Tiere konnten durchschnittlich 2,20 Euro/kg erwirtschaftet werden. Die Zunahmen der Kälber waren auf Grund der idealen Witterung für gute Futtererträge entsprechend hoch.

Die Preise für Schlachtrinder hatten sich 2007 auf einem stabilen Niveau eingependelt. Sie lagen im Durchschnitt zwischen 2,60 – 2,80 Euro/kg bei O-Bullen. Aber gleichzeitig sind auch die Preise für Futter und Energie stark gestiegen. Deshalb plant ein großer Rindermäster im Kreis, die Produktion von Schlachtvieh zurückzufahren. Wurde Anfang 2007 ein Futterpreis von 128,00 Euro/t für Rindermastfutter von den Mischfutterwerken verlangt, so waren es Ende des Jahres bereits 240,00 Euro/t. Das entspricht einer Erhöhung um 87,5 %. Zwar hat sich die Preistendenz bei den Schlachtrindern knapp behauptet, aber auf Grund höherer Kosten sind die Gewinne dennoch geschrumpft. Deshalb ist die Lage der Rinderproduzenten zurzeit alles andere als befriedigend.

2.3. Schweineproduktion

Den Schweinezüchtern im Landkreis MOL droht eine dramatische Krise. Zu den sinkenden Erlösen kamen 2007 kräftig steigende Produktionskosten hinzu. Neben der Verteuerung für Energie schlugen die explodierten Futterkosten zu Buche. Diese belasten die Veredlungsproduktion in hohem Maße. Lag der Preis für Mischfutter in der Schweinemast im Oktober bei rund 178,00 Euro/t, mussten ein Jahr später 267,00 Euro/t gezahlt werden. Hintergrund ist neben dem bereits mehrfach erwähnten Preisanstieg bei Getreide, Mais und Raps vor allem auch die Stagnation bei der Einfuhr von Soja und Maiskleber, weil oft kleine Anteile an genveränderten Grundstoffen ausreichen, um ganze Schiffsladungen nicht zu löschen. Es kommt zu einer künstlichen Verknappung und die Händler müssen teurer in GVO-freien Regionen einkaufen.

Vor allem die Ferkelerzeuger traf der Anstieg der Futterpreise mit voller Wucht.

Bis auf die ersten Monate 2007 verlief der Handel mit Ferkeln sehr schwierig.

Über das ganze Jahr gesehen lag das Preisniveau mit 41,00 Euro knapp 35 % unterhalb des Vorjahres. Die guten Preise von 2006 waren Anreiz genug, die Produktion auszudehnen. So wurden im Jahr 2006 die Läufer mit einem Gewicht von 27,5 kg zu einem Preis von 2,29 Euro/kg verkauft. Das entspricht einem Verkaufserlös von ungefähr 63,00 Euro je Tier. Im Jahr 2007 wurden die Läufer mit einem höheren Verkaufsgewicht von ca. 34 kg/Tier verkauft. Jedoch konnte nur ein Preis von 1,56 Euro/kg erreicht und damit nur 54,00 Euro Erlöst werden.

Das erhöhte Gewicht der Läufer resultiert aus den schlechten Absatzbedingungen für das Jahr 2007. Dafür hat sich jedoch der Futtereinsatz stark erhöht, weil die Tiere länger im Unternehmen verblieben sind. Und auch Anfang des neuen Jahres ist noch keine Entspannung in Sicht. Es ist nur eine Frage der Zeit bis weitere Schweineproduktionsbetriebe Kapazitäten abbauen müssen.

Der gesunkene Schweinefleischabsatz im In- vor allem aber Ausland ist Hauptursache für diesen negativen Trend. Dazu kommt die wachsende Konkurrenz aus Dänemark und den Niederlanden.

Deshalb kann es zwangsläufig auch keine positiven Nachrichten von der Schweinemast in unserem Landkreis geben.

Die Preise für Schweinefleisch sind 2007 gegenüber dem Vorjahr von 1,075 Euro/kg auf 0,97 Euro/kg Lebendgewicht zurückgegangen. Bei einem Mastschwein von 120 kg Schlachtgewicht ist das eine Preisdifferenz von ca. 13,00 Euro je Tier. Das entspricht einem Rückgang um mindestens 10 %. Angesichts der gestiegenen Kosten ist eine effektive Produktion unter den jetzigen Bedingungen nicht mehr möglich.

Der Anstieg der Schweinebestände im Landkreis von 68.847 Tiere im Jahr 2006 auf 70.647 Tiere 2007 resultiert zum einen aus dem Neubau einer großen Sauenanlage, zum anderen aus dem Überhang nicht verkaufter Läufer. Die Läuferställe drohen förmlich überzuquellen angesichts des schleppenden Absatzes.

Ein weiterer Grund für den Anstieg der Tierzahlen in der Schweineproduktion ist die zunehmende Anzahl von privaten Schweinehaltern. Dies trägt aber leider nicht zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei.

Die unrentable Schweineproduktion 2007 dürfte in Deutschland wie in der gesamten EU dazu führen, dass weniger Schweine produziert werden. Nach voraussichtlich schwachem Start in das neue Jahr werden die Schweinepreise im Jahresverlauf hoffentlich fester tendieren. Vor allem im zweiten Halbjahr könnten die Preise steigen. Insgesamt wird in diesem Jahr mit einem etwas höheren Niveau als 2007 gerechnet. Ganz wichtig wird die Exportentwicklung in Richtung Russland sein.

2.4. Schaf- und Ziegenhaltung

Die Anzahl von Schafen und Ziegen ist im Zeitraum von 2005 bis 2007 drastisch zurückgegangen. Insbesondere der Anteil von Müttern und weiblichen Jungtieren über 1 Jahr schrumpfte auf Grund der Reduzierung der Herdengrößen um rund 35 % . Schlechte Preise auf dem Lämmermarkt und stark gestiegene Kosten für Getreide und Mischfutter haben auch hier den Bestandsrückgang bewirkt. Die durchschnittlichen Preise für Lammfleisch sind gegenüber dem Jahr 2006 von 1,90 – 2,05 Euro/kg auf 1,60 – 1,85 Euro/kg zurückgegangen. Die Preise für Lämmer haben sich seit der Einführung des Euro nicht wesentlich verändert, jedoch sind die Betriebskosten seit 2002 drastisch gestiegen. Der Gewinnausfall ist erheblich. Damit fehlen den Schäfern der Anreiz und die Mittel, in der Schafhaltung zu investieren und die Herden zu erweitern.

Die Haushaltsmittel für den Vertragsnaturschutz sind seit 1995 kontinuierlich gekürzt worden, so dass 2007 nur noch etwa die Hälfte zur Verfügung stand. Nur 5 Schäfer kommen noch in den Genuss von Zahlungen für den Vertragsnaturschutz. Die Sorge um die Existenz des Betriebes wird noch durch die Angst vor der Blauzungenkrankheit verstärkt.

Im letzten Sommer sind in einigen Schafbeständen in Deutschland bis zu 40 % der Tiere infolge der Krankheit verendet. Inzwischen ist zwar ein Impfstoff hergestellt worden, jedoch sind bis heute nicht ausreichend Mittel vorhanden, um alle Bestände zu impfen. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass bei Bedarf ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht, so dass die Schäfer in unserem Landkreis vor derartigen Einbrüchen verschont bleiben.

Von 199 gemeldeten Ziegenbeständen im Landkreis mit insgesamt 1.333 Ziegen sind 2 Haupterwerbsbetriebe mit größeren Herden von über 150 Tieren besonders erwähnenswert.

Ein Betrieb liefert die gemolkene Ziegenmilch in die Molkerei nach Falkenhain, dort wird sie verarbeitet. Aber es gibt auch den Ziegenhof in Zollbrücke mit einer Hofkäserei, wo die Verarbeitung der eigenen Ziegenmilch zu frischen, regionalen Käseprodukten erfolgt. Der Hofladen mit Käserei hat eine Förderung aus der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+ erhalten und trägt maßgeblich zum Absatz bei.

Da Ziegenprodukte ein Nischenprodukt sind, ist ihr Verkauf nicht immer unproblematisch und saisonal bedingt unkontinuierlich. Ein weiterer Teil der Ziegenmilch wird verarbeitet und an Händler und Geschäfte im Umland geliefert.

Auch Ziegenlammfleisch und Ziegenwurst sind saisonal im Angebot.

Das Problem bei der Ziegenhaltung sind auch hier der stark gestiegene Futterpreis und die Kosten für Kraftstoff, um die Produkte auszuliefern.

2.5. Geflügelproduktion

Im Landkreis MOL waren zum 31.12.2007 307 gemeldete Halter von Geflügel und Tauben registriert. Davon werden in 84 Beständen Enten, in 28 Beständen Gänse, in 128 Beständen Hühner und in 29 Beständen Puten gehalten.

Ein großer Anteil des Geflügelfleisches wird in Mastanlagen mit einer hohen Produktionskapazität erzeugt.

Zurzeit werden in 15 Mastanlagen Enten für die Wiesenhof Geflügelspezialitäten GmbH & Co. KG (Grimme) produziert und in Neutrebbin geschlachtet.

Die Lohnmäster sind zu 100 % von der Preisgestaltung der Wiesenhof GmbH & Co. KG abhängig. So sind der Kükenpreis, Futtermittelpreis und Schlachtpreis festgeschrieben. Nach zwei ruhigen Jahren 2005 und 2006 mit akzeptablen Erlösen haben die Entenmäster im Jahr 2007 einen Gewinneinbruch hinnehmen müssen. Die Preise für das Entenalleinfuttermittel sind innerhalb eines Jahres von 217,00 Euro auf 290,00 Euro/t gestiegen, die Kükenpreise von 0,60 Euro auf 0,66 Euro/Küken, jedoch sind die Schlachtpreise nur moderat angehoben worden. Der Preis für das Mischfutter ist um 33 % teurer geworden, der Kükeneinkauf hat sich um 10 % verteuert, im Gegensatz dazu hat sich der Schlachtpreis nur um 19 % erhöht. Da auch die Energiepreise kräftig gestiegen sind, ist die Gewinnspanne für die Erzeuger stark geschrumpft.

Hinzu kommt die Anforderung von der Wiesenhof GmbH & Co. KG auf Zertifizierung der Entenmastställe. Dazu müssen bestimmte Kriterien des Tierschutzes eingehalten werden, die erst seit Kurzem verstärkt wurden.

In vielen Entenbeständen sind Nachrüstungen erforderlich, die mit hohen Kosten für die Mäster verbunden sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Preisentwicklung in diesem Jahr gestalten wird. Sollten sich keine Veränderungen ergeben, werden einige Entenmäster ihre Tore schließen müssen.

Weiterhin werden bei uns in 11 Aufzucht- und Mastanlagen Puten gehalten.

Damit werden mit 478.600 Schlachttieren jährlich 8.106 t Putenfleisch produziert.

Auch in der Putenproduktion sind die Futter- und Energiepreise schneller und stärker gestiegen als die Erlöse für die Schlachttiere. Zwar haben sich die Preise im letzten ¾ Jahr für Truthähne von 1,115 Euro/kg auf 1,325 Euro/kg und bei den Hennen von 1,035 Euro/kg auf 1,245 Euro/kg erhöht, aber die stark gestiegenen Kosten brauchten die Gewinne wieder auf. Gerade in der Putenaufzucht werden Unmengen an Energie benötigt, um die Ställe auf angenehme Temperaturen für die Küken zu heizen. Im Sommer ist der Energiebedarf ebenfalls sehr hoch, da die Lüftung der Stallanlagen einen erheblichen Energieeinsatz erfordert. Die gesamte Branche leidet unter den hohen Kosten und vergleichbar niedrigen Erlösen. Es bleibt auch hier zu hoffen, dass sich die Preise für das Putenfleisch weiter erhöhen und die Steigerung der Futter- und Energiepreise vorerst ihren Höchststand erreicht hat, um eine Wirtschaftlichkeit bei den Mästern wieder herzustellen.

Ein weiteres Problem in der Putenproduktion ist die berechtigte Angst der Tierhalter vor der berüchtigten Schwarzkopfkrankheit. Die Histomonose ist eine bei 1 - 3 Monate alten Puten akut, bei älteren Tieren langsamer verlaufende Infektionskrankheit.

In einem Tierbestand des Landkreises ist im Jahr 2007 diese Krankheit ausgebrochen und hat dazu geführt, dass der gesamte Bestand gekeult werden musste. Leider gibt es bis heute kein zugelassenes Medikament, um dieser ansteckenden Krankheit vorzubeugen oder sie zu bekämpfen.

In der Europäischen Union sind die gut wirksamen Wirkstoffe Ronidazol und Dimetridazol zur Anwendung beim Lebensmittel liefernden Tier nicht mehr zugelassen, ebenso wie das vorbeugend wirkende Nifursol. Daher kommt der Prophylaxe durch regelmäßige und konsequente Entwurmung der Tierbestände größte Bedeutung zu.

In der Eierproduktion ist die Situation der Landwirte genauso prekär wie bei den übrigen Geflügelhaltungen. So haben sich die Futterkosten 2007 um 32 % von 160,00 €/t auf 211,00 €/t erhöht. Der Eierpreis ist im Gegensatz dazu nur um cirka 12 % gestiegen,

wobei der Anstieg bei der Käfighaltung 17 % betrug, der für die Eier aus der Bodenhaltung jedoch nur 8 %.

Mit der Legehennenhaltung in Form der Bodenhaltung haben die industriell produzierenden Eierhersteller keine positiven Erfahrungen gemacht, weil nach derzeitigem Stand die Legeleistung bei den Hennen in der Bodenhaltung geringer ist als die Leistung in der Käfighaltung, die Verluste aber um ca. 5 % höher sind. Darüber hinaus sind die Staubemissionen um ein Vielfaches höher.

Jedoch ist es aus Tierschutzgründen grundsätzlich verboten, weiterhin Legehennen in Käfigen zu halten. Ein großer Teil der Käfighaltungsanlagen wurde bereits umgebaut, weitere Ställe stehen kurz vor diesen Investitionen. Die Kosten dafür sind nicht unerheblich und belasten die Betriebe zusätzlich.

2.6. Futtermittelüberwachung

Im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes ist neben den Fachbereichen Lebensmittel, Tierschutz, Tierarzneimittel, Tierseuchenschutz und Fleischhygiene gleichrangig der Bereich Futtermittelüberwachung angeordnet.

Die Aufgaben der amtlichen Futtermittelüberwachung sind die Kontrolle der Herstellung, des Handels und des Einsatzes von Futtermitteln mit dem Ziel, gesunde und rückstandsfreie Lebensmittel zu erzeugen, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Tiere zu fördern, Täuschungen mit Futtermitteln vorzubeugen und Umweltbelastungen durch Futtermittel zu verhindern.

Die Rechtsgrundlagen der amtlichen Futtermittelüberwachung sind das Lebens- und Futtermittelgesetzbuch, die Futtermittelverordnung sowie die direkt geltenden EU-Verordnungen.

Die Landkreise und kreisfreien Städte kontrollieren die Futtermittelherstellung auf der Stufe der Primärproduktion und die Fütterungsvorschriften, die der Landwirt zu beachten hat.

Im Land Brandenburg gibt es 68 gewerbliche Hersteller von Futtermitteln, etwa 480 Handelsbetriebe und 5.950 Tierhalter, die amtlich zu kontrollieren sind. Jeder Betrieb wird möglichst ohne Voranmeldung regelmäßig zwecks Betriebsprüfungen und Probenahmen aufgesucht.

Im Landkreis Märkisch-Oderland sind es 320 Tierhalter, die regelmäßig futtermittelrechtlich kontrolliert werden. Nach einer erfolgten Risikobewertung sind fast alle Tierhalter mindestens einmal im Zeitraum von 2 Jahren zu überprüfen.

Im Jahr 2007 wurden in unserem Landkreis 190 Tierhalter überprüft und 24 Proben von Futtermitteln gezogen.

Der größte Anteil der festgestellten Verstöße ist nach wie vor eine nicht ausreichende Dokumentation nach der VO (EG) 178/2002 der zugekauften und verkauften Futtermittel sowie der unzureichende Nachweis über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden.

Da Verstöße gegen diese Vorschriften Cross Compliance-relevant sind, werden die betroffenen Unternehmen ab diesem Jahr sanktioniert. Zu den Anforderungen an die Futtermittelunternehmen gehört weiterhin die Sicherstellung, dass alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Futtermittelsicherheit nicht zu beeinträchtigen. Fehlende Tore, Vernachlässigung der Schädnerbekämpfung und schlechte Lagerung (Feuchtigkeit) sind Beispiele für einen sorglosen Umgang der Tierhalter mit Futtermitteln. Auch hier wird es bei Verstößen zu Bußgeldbescheiden kommen.

Ein großes Problem in der Futtermittelüberwachung stellt die unzureichende Registrierung der Futtermittelhersteller nach VO (EG) 183/2005 dar. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung am 08. Februar 2005 müssen alle Betriebe, die in einer Herstellungs-, Verarbeitungs-, Lagerungs-, Transport- oder Vertriebsstufe von Futtermitteln tätig sind, bei der zuständigen Behörde registriert sein. Der Futtermittelunternehmer hat bei der zuständigen Behörde die Registrierung seines Unternehmens anzuzeigen. Auch reine Marktfruchtbetriebe, die nicht völlig ausschließen können, dass Teile ihrer Produktion als Futtermittel verwendet werden, müssen sich registrieren lassen. Das ist bis zum heutigen Tag noch nicht erfolgt.

Mit einem Infoblatt an alle Unternehmen werden in diesem Jahr alle Betriebe der Futtermittelprimärproduktion auf diese Rechtsverordnung hingewiesen. Bei einer CC-Kontrolle ist eine fehlende Registrierung des Primärproduzenten als Verstoß zu bewerten und führt zu einer Sanktionierung.

2006 ist die Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems für den Verbraucherschutz in Brandenburg gestartet worden, was bedeutet, dass in allen Kreisen des Landes Brandenburg ein einheitlicher Standard in der Kontrolle eingeführt wird. Es wird das Ziel verfolgt, einen höheren Qualitätsstandard bei den Kontrollen zu erreichen und den Schutz der Verbraucher zu verbessern.

Das Amt für Landwirtschaft stellt sich dieser Herausforderung, die zuständige Mitarbeiterin wird entsprechend qualifiziert.

3. Bienenhaltung

Nach dem die Landwirte 2007 sehr verantwortungsvoll mit den Pflanzenschutzmitteln zur Bekämpfung der Rapsglanzkäfer umgegangen sind und aus dieser Richtung keine Schädigung von Bienenvölkern zu verzeichnen war, soll das Hauptaugenmerk in diesem Landwirtschaftsbericht auf die generelle Entwicklung der Bienenhaltung in unserem Landkreis gerichtet sein.

Während in Brandenburg nur noch 0,7 Bienenvölker pro qkm gezählt werden, verzeichneten wir in unserem Landkreis in den letzten Jahren einen Anstieg auf 4,2 Völker/qkm. Dieser Wert ist erfreulich und auch ausreichend, um die Artenvielfalt und Leistungsfähigkeit unserer Natur zu erhalten.

Diese gute Bilanz ist hauptsächlich auf die 5 Berufsimker zurückzuführen, die sich bei uns niedergelassen haben.

Dennoch gibt es Ortschaften im Landkreis, wo kaum oder gar keine Bienenvölker vorhanden sind. Dazu gehören u. a. Neureetz, Altwriezen, Alt- und Neulangsow, Rathstock, Sachsendorf, Hohenwutzen, Dannenberg oder Ringenwalde.

Man sieht also, die 315 Imker mit ihren 5.000 Völkern verteilen sich ungleichmäßig auf der Fläche des Landkreises.

Unterschiedlich waren 2007 auch die Zahlen bei der Bienenwanderung (ohne die vorgenannten 5.000 Völker):

Akazie (Robinie)	2.172 Völker
Sonnenblumen	949 Völker
Linde	246 Völker
Raps	64 Völker.

Die Lukrativität von Akazien- und Sonnenblumenhonig ist offensichtlich.

Da laut Gesetz die Imker verpflichtet sind, sich nur vom Grundstückseigentümer eine Aufstellgenehmigung einzuholen, ist die tatsächliche Zahl der Wandervölker beispielsweise bei der Robinie um ca. 1.000 Völker höher.

Nicht zufrieden stellend war die Rapswanderung. Es ist durchaus möglich, dass sich hier die Angst der Imker vor den Bienen gefährdenden Pflanzenschutzmitteln widerspiegelt.

Sehr zu begrüßen wäre für die Imker der verstärkte Zwischenfruchtanbau durch die Landwirte. Phacelia, Ackersenf, Klee oder Ölrettich liefern für die Bienen und ihre Brut

lebenswichtige Blütenpollen zur Anlage von Fettreserven und damit zur Erhöhung der Überwinterungsrate.

Bisher war die so genannte Winterbegrünung Bestandteil des KULAP 2000. Leider fällt dieses Programm aber weg und damit auch die Möglichkeit einer speziellen Förderung. Inwieweit die Landwirte trotzdem allein schon aus Fruchtfolgegründen und zwecks Gründüngung solche Kulturarten anbauen, bleibt abzuwarten.

Ohne nutzbare und kommerziell verwertbare Trachten ist das Imkerdasein zum Scheitern verurteilt und damit auch der Erhalt der Bienenvölker.

Aus diesem Grund sind Neu- und Ersatzpflanzungen an Alleen mit Birken nicht tolerierbar. Linden oder Ahornbäume sind hier vorzuziehen, wie es auch schon vor 120 Jahren gang und gäbe war. Es wäre zu begrüßen, wenn dies in Grünordnungsplänen zukünftig stärker Berücksichtigung fände.

Seit 2004 beschäftigen sich Wissenschaftler aus den Niederlanden und England mit einem Projekt „Alarm“ weil festgestellt wurde, dass eine Vielzahl von Wildbienen und anderen Insekten weltweit verschwinden. Ob es Zusammenhänge mit dem Verschwinden ganzer Bienenvölker in den USA gibt, ist noch offen. Sicherlich spielen aber Klimawandel und zunehmende Versiegelung freier Flächen eine Rolle.

Der Schaden für die Volkswirtschaft ist jedenfalls enorm. Es wird eingeschätzt, dass Bienen und andere Insekten weltweit eine Wertschöpfung von 30 – 60 Milliarden Euro leisten. Allein in unserem Kreis ist von ca. 500.000 Euro auszugehen. Nicht nur Landwirtschaft und Gartenbau, sondern die gesamte Gesellschaft profitieren von diesen Leistungen, denn neben messbaren Ertragszuwächsen ist vor allem der Erhalt einer großen Floravielfalt von entscheidender Bedeutung.

Über die hohe Altersstruktur bei den Imkern ist in der Vergangenheit schon viel bekannt geworden. Neben besseren Rahmenbedingungen wie angemessene Preise für die Produkte, dem bereits genannten Erhalt traditioneller Trachten oder auch verbesserter Kommunikation zwischen Imker und Landwirt kommt vor allem dem Biologieunterricht in der Schule eine herausragende Bedeutung zu. Ein frühzeitiges Heranführen an die Thematik und praktische Einsichtnahmen in die Tätigkeit eines Imkers sollten Standard sein. Dabei darf nicht allein die Honiggewinnung im Mittelpunkt stehen, die Bestäubungsleistungen mit all ihren Konsequenzen für die Natur sind hier besonders hervorzuheben.

4. Anbau von Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen

In der nachfolgenden Übersicht sind die Anbauflächen und Absatzrichtungen für die Energiepflanzen sowie die nachwachsenden Rohstoffe (NawaRo) dargestellt worden:

Energiepflanzen

Kultur	Anbaufläche gesamt ha	davon Biogas ha	Ethanol ha	Biodiesel ha	Ölderivat für chem. Industrie ha
Silomais	2.904,58	2.904,58			
Wintertriticale	859,91		859,91		
Sommertriticale	27,37		27,37		
Wintergerste	626,44	80,21	546,23		
Sommergerste	222,15		222,15		
Winterroggen	10.079,47	606,21	9.473,26		
Winterraps	6.543,62			6.543,62	
Wintermenggetreide	46,00		46,00		
Silomais/Sonnen- blumengemenge	26,30	26,30			
Winterweizen	9.663,88		9.663,88		
Summe Energie	30.999,72	3.617,30	20.838,80	6.573,32	

Nachwachsende Rohstoffe

Kultur	Anbaufläche gesamt ha	davon Biogas ha	Ethanol ha	Biodiesel ha	Ölderivat für chem. Industrie ha
ERUCA-Raps	1.903,14				1.903,14
Winterraps	707,31			707,31	
Winterroggen	12,63		12,63		
Winterweizen	304,70		304,70		
Sonnenblumen	177,14				177,14
Silomais	159,56	159,56			
Sommerweizen	21,95		21,95		
Summe NawaRo	3.286,43	159,56	339,28	707,31	2.080,28
Summe Energie/ NawaRo	34.286,15	3.776,86	21.178,08	7.280,63	2.080,28

Ein Vergleich mit den Anbauverhältnissen der ersten Tabelle in diesem Bericht macht deutlich, dass ca. ein Drittel des Getreides und fast die Hälfte der Ölfrüchte nicht für die Ernährung, sondern den Non-Food-Bereich produziert werden.

An erster Stelle steht hierbei die **Bioethanolerzeugung** aus Getreide. Nicht unerheblich stellt sich auch die **Biodieselerzeugung** aus Raps dar. Abnehmer sind u. a. jeweils die neu errichteten Werke in Schwedt.

Während die NawaRo ausschließlich auf Stilllegungsflächen angebaut werden, hat die Energiepflanzenprämie von 45,00 Euro/ha auf nicht stillgelegten Flächen einen lukrativen Anbauanreiz geschaffen. Der Anstieg dieser Anbauflächen war so gewaltig, dass die Prämie inzwischen auf 31,00 Euro/ha gekürzt wurde. Inwieweit diese Prämie auch in Zukunft noch Bestand hat, wird sich nach dem EU-Gesundheitscheck zeigen.

In jedem Fall führten aber auch die ursprünglich guten Rahmenbedingungen wie Erneuerbares-Energien-Gesetz (EEG), Beimischungsverpflichtung für Biokraftstoff bei Benzin und Diesel, geringe Biodieselbesteuerung u. a. zu diesem Aufwärtstrend.

Die große Euphorie ist inzwischen jedoch verflogen. So musste die Verbio AG in Schwedt (Bioethanol) ab Anfang September 2007 die Produktion zeitweilig einstellen, viele Biodieselanlagen gerieten in die roten Zahlen. Der Staat erhöhte ohne Rücksicht auf die Hersteller und die Warnungen der Fachleute die Besteuerung. Für die Zumischung von Biokraftstoffen in Diesel oder Benzin ist seit 2007 der volle Steuersatz (Regelsteuersatz 47 Cent/l Diesel, 65 Cent/l Benzin) anzuwenden. Für die Reinkraftstoffvermarktung ist eine stufenweise Anhebung der Besteuerung bis Ende 2011 geplant.

Biodiesel ist inzwischen teurer als herkömmlicher Diesel und der Absatz daraufhin um 60 % eingebrochen. Dazu kommt der Import von preiswertem Palmöl aus Malaysia oder Indonesien. Dass diese Palmölplantagen teilweise als Monokulturen zu Lasten des Regenwaldes angelegt werden, sei nur am Rande erwähnt.

Beim Bioethanol erwuchs die Konkurrenz durch die rasant gestiegenen Preise für Nahrungsgetreide, damit ließ sich plötzlich mehr Geld als mit Energiegetreide verdienen.

Viel wird in Zukunft von der Ölpreisentwicklung abhängen. Steigt er weiter, steigt zwangsläufig auch wieder die Attraktivität von biogenen Treibstoffen. Andererseits kann in anderen Ländern außerhalb der EU das Bioethanol deutlich billiger produziert werden.

Eine besondere Stellung gebührt der Erzeugung von **Biogas**.

Fast 4.000 ha wurden in unserem Landkreis für die Belieferung von Biogasanlagen genutzt. Den größten Anteil mit 2.900 ha nahm der Silomais ein, der erfahrungsgemäß über das höchste Energiepotenzial verfügt.

Mit Stand Januar 2008 waren folgende Biogasanlagen in Betrieb:

Betrieb	Standort	Kapazität	Input
Landwirtschaftsbetrieb Martin Schulze	Dolgelin	1,44 MW	Getreide
Gut Klessin	Podelzig	1,70 MW	Gülle, Getreide, Silomais
Rudolf Tiggemann	Sachsendorf	0,50 MW	Gülle, Getreide, Silomais
Gut Beerbaum	Heckelberg	1,88 MW	Stallmist, Getreide, Silomais, Sonnenblumen
Averkamp GmbH & Co. KG	Gusow (Karlshof)	1,85 MW	Gülle, Getreide, Silomais
Friedersdorfer Landwirtschaft GmbH	Friedersdorf	1,54 MW	Silomais
Pure Power GmbH & Co. KG	Herzfelde	2,00 MW	Gülle, Getreide, Silomais
Schulzendorfer Pflanzenproduktion GmbH	Schulzendorf	1,31 MW	Gülle, Getreide, Silomais
Gut Marxdorf GmbH	Marxdorf	0,256 MW	Pflanzenöl (Raps)
Biogas Grunow GmbH	Ernsthof	0,50 MW	Gülle, Getreide, Maissilage
Hohensteiner Landfarm GmbH	Hohenstein	0,50 MW	Silomais, Sonnenblumen
Landwirtschaftsbetrieb Bernd Winnige	Kiehnwerder	0,536 MW	Stallmist, Gülle, Getreide, Silomais

Damit sind 12 Anlagen inzwischen voll funktionsfähig, weitere 7 Anlagen können die Genehmigung vorweisen und für 9 Anlagen wurden die Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt.

Diese Zahlen sind beeindruckend, fußen allerdings auf längerfristigen Investitionsentscheidungen unter anderen Voraussetzungen als heute.

Die gesamte Biogasbranche hat 2007 einen herben Dämpfer erlitten. Ein Umsatzrückgang von 1 Milliarde Euro auf 650 Mio. Euro bei den 400 deutschen Firmen, die entsprechende Anlagen und Dienstleistungen anbieten, führte zu ersten Insolvenzen. Durch den Anstieg des Preisniveaus sank die Nachfrage bei den landwirtschaftlichen Betrieben rapide. Dazu kommt die ausstehende Novellierung des EEG. Die bisher bekannt gewordenen Änderungen wie z. B. die geplante Erhöhung des NawaRo-Bonus um 2 auf 8 Cent/KWh bei Anlagen bis 500 KW-Leistung oder ein Gülle-Bonus von 1 Cent/KWh bei kleinen Anlagen wären aber leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Erfahrungen des Jahres 2007 haben in jedem Fall wichtige Erkenntnisse für die Zukunft aufgezeigt.

Wer nachwachsende Rohstoffe für seine Anlage zukaufen musste, schrieb in der Regel rote Zahlen, zumal auch Pacht- oder Energiekosten gestiegen sind.

Die sinnvolle Nutzung der Abwärme gewinnt sowohl betriebswirtschaftlich als auch umweltpolitisch immer mehr an Bedeutung.

Nach allgemeiner Fachmeinung sind die kleinen Anlagen bis 150 KW, die die hofeigene Gülle vergären und die Input-Stoffe von den eigenen Feldern verwerten, am wirtschaftlichsten. Diese Anlagen senken darüber hinaus die Stickstoffverluste und damit zusammenhängend die Geruchs- und Methanemissionen. Es gibt hier keine Flächenkonkurrenz und die dezentrale Energieversorgung wird gefördert.

Mit einiger Sorge muss der Trend zu großen Investoren mit großen Anlagen auf der grünen Wiese betrachtet werden, die in einigen Gegenden auch Brandenburgs das Kauf- und Prachtpreisniveau künstlich anheben. Hier drängen auch die großen Energieversorger in das Geschäft, die wegen der geplanten Neuregelung des Gasnetzzugangs Anreize für die großflächige Einspeisung ihres eigenen Biogases sehen und damit klare Wettbewerbsvorteile hätten.

Landwirte, die nur als Zulieferer für Biogasanlagen tätig wurden, erhielten für ihre gelieferte Maissilage oft lediglich Kosten deckende Preise, vom möglichen Gewinn der Anlage blieben sie ausgeschlossen.

Wer eine eigene Anlage betreibt, muss u. a. auf Folgendes achten:

- langfristige und stabile Flächensicherung,
- Optimierung des Markfruchtanbaus, um Erträge zu steigern (natürlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben),
- hochwertige Maissilage herstellen zur Verbesserung des Energieertrages,
- regelmäßige Untersuchung des Fermenterinhaltens mittels Gäranalyse,
- am besten täglicher Abgleich von Input und Stromertrag zur rechtzeitigen Nachsteuerung,
- ständigen Kontakt zu Experten halten.

Hinsichtlich der zu forcierenden Nutzung der Abwärme sind nach neuesten Studien des Bremer Energie Institutes folgende Alternativen als wirtschaftlich einzustufen:

- technische Trocknung von Grüngut, Getreide, Energieholz,
- Gewächshausheizung,
- Aquakulturen,

- Latentwärmetransport (z. B. Fernwärmeleitung oder Transport der Wärme mit Behältern zu Abnehmern).

Andere Verfahren wie Kälteerzeugung, thermische Gärrestaufbereitung oder die Fruchtsaftherstellung haben sich aus unterschiedlichen Gründen nicht als praktikabel herauskristallisiert.

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin zu regenerativen Energien ist eindeutig und sicherlich auch der richtige Weg. Wichtig ist aber, dass auch die politischen Entscheidungsträger die für nötige Investitionen entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, die für langfristige Planungssicherheit sorgen und einen fairen Wettbewerb garantieren.

Die Konkurrenzsituation zur Erzeugung von Nahrungsmitteln wird sich weiter verschärfen, denn die Anbauflächen weltweit werden klimabedingt zurückgehen, der Konsum durch den Bevölkerungsanstieg aber wachsen.

Dass auch die Futtermittelerzeugung steigen muss, denn vor allem die aufstrebenden asiatischen Staaten essen zunehmend Fleisch und veredelte Milchprodukte, macht die Situation nicht einfacher. So war beispielsweise die Weltgetreideproduktion im dritten Jahr in Folge geringer als der Verbrauch – und das schon zum achten Mal in den letzten 10 Jahren.

5. Cross Compliance

Seit dem Jahre 2005 ist die Gewährung der Betriebsprämie für die Landwirte an die Cross-Compliance-Verpflichtungen (CC) gemäß der EU-Verordnung 1782/2003 gebunden. Verstöße gegen diese Verpflichtungen werden je nach Schwere und Dauer des Verstoßes mit Abzügen (1%, 3%, 5% oder höher) von der Betriebsprämie des Landwirtes geahndet. Bei den CC-Verpflichtungen handelt es sich im Einzelnen um

1. die Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand,
2. die Erhaltung des Dauergrünlandes,
3. die Einhaltung von 19 in der EU bestehenden Regelungen und Vorschriften in Bezug auf
 - die Vogelschutz- und FFH-Richtlinie
 - Grundwasserschutz
 - Ausbringung von Klärschlamm

- die Nitratrichtlinie
- die Tierkennzeichnung
- den Pflanzenschutz
- die Lebens- und Futtermittelsicherheit
- die Tiergesundheit und
- den Tierschutz.

Für die Kontrollen zu diesen einzelnen Vorschriften sind das LVLf (Zentraler Prüfdienst des Landes Brandenburg (ZTP), Pflanzenschutzdienst) sowie der Landkreis Märkisch-Oderland (Landwirtschaftsamt, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Umweltamt) zuständig.

Insgesamt wurden nach den im dritten Punkt aufgeführten Vorschriften 59 Kontrollen durchgeführt, bei denen 14 Verstöße festgestellt wurden. Acht Verstöße entsprachen der Kategorie „leicht“ (1 % Abzug), 5 Verstöße „mittelschwer“ (3 %) und 1 Verstoß „schwer“ (5 %).

Probleme gab es vor allem bei der Tierkennzeichnung (7 Verstöße) und bei der Einhaltung der Nitratrichtlinie (4 Verstöße). Bei den Verstößen gegen die Tierkennzeichnungspflichten handelte es sich in der Mehrzahl um fehlende Ohrmarken. Hier sind einige Betriebe generell zu leichtfertig und ersetzen verloren gegangene Ohrmarken zu spät. Die Verstöße hinsichtlich der Nitratrichtlinie waren überwiegend auf das Fehlen von Nährstoffvergleichen zurückzuführen.

Auf der Grundlage dieser Feststellungen wurden den Landwirten nach gegenwärtigem Stand insgesamt 9.845,12 Euro von der Betriebsprämie abgezogen. Das klingt im ersten Moment nicht viel, diese Unternehmen stehen aber in den Folgejahren automatisch unter verstärkter Beobachtung, bei nochmaligen Verstößen könnten sich dann die Sanktionshöhen vervielfachen.

Inwieweit in der Zukunft Vereinfachungen auf dem Gebiet von CC durchgesetzt werden, weil der bürokratische Aufwand für Betriebe und Behörden doch enorm ist, bleibt abzuwarten.

6. Investive Förderung landwirtschaftlicher Betriebe

Seit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die Entwicklung des ländlichen Raumes an Bedeutung gewonnen, die ländlichen Gebiete erhalten Unterstützung, um den Anforderungen des 21. Jahrhunderts in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt gerecht zu werden.

Am 31. Dezember 2006 endete die EU-Förderperiode, die am 01.01.2000 begonnen hatte. Es war auch das Ende für eines der wichtigsten Förderprogramme im Agrarbereich. Der EAGFL, der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, ist Geschichte.

Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes stützt sich im Wesentlichen auf drei Rechtsinstrumente: die strategischen Leitlinien der EU für die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Verordnung des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und die Durchführungsverordnung der Kommission.

Auf einer Pressekonferenz am 15.11.2007 gab der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Herr Dr. Woidke, den Auftakt für die ELER-Förderung 2007 – 2013 in Brandenburg. Grundlage dafür ist die Verordnung (EG) des Rates Nr. 1698/2005 vom 20. September 2005.

ELER ist das neue, zentrale Instrument zur Finanzierung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. In Brandenburg und Berlin werden im ELER in den 7 Jahren ca. 1,34 Milliarden Euro für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung gestellt, die EU wird sich mit einer Milliarde Euro daran beteiligen.

Die Förderung einzelbetrieblicher Investitionen stellt auch in der neuen Förderperiode einen Schwerpunkt des Einsatzes von ELER-Mitteln dar.

Zweck der Förderung ist es, einen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, insbesondere durch

- Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft,
- gezielte Förderung von baulichen sowie langlebigen Investitionen und arbeitsintensiven Bereichen, einschließlich der computergestützten Technologien,
- Einkommenssicherung im außerlandwirtschaftlichen Bereich, insbesondere der Erwerbschancen für Frauen,
- Anreiz für Junglandwirte zur Übernahme der sich im Generationswechsel befindlichen landwirtschaftlichen Betriebe,
- Verbesserung der Lebens-, Produktions- und Arbeitsbedingungen zu leisten.

Dabei sind die Interessen der Verbraucher sowie die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu berücksichtigen.

Die Richtlinie beinhaltet Fördermöglichkeiten nach 3 Fördergrundsätzen:

I. Einzelbetriebliche Förderung nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Gefördert werden hier landwirtschaftliche Unternehmen aller Rechtsformen, die die EU-Kriterien für kleine oder mittlere Unternehmen erfüllen (weniger als 250 Beschäftigte, Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro), die mindestens 25 % der Umsatzerlöse aus der Landwirtschaft erzielen und die die nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten.

Gefördert werden:

Langlebige Wirtschaftsgüter, die der Erzeugung, Verarbeitung oder Direktvermarktung von Erzeugnissen des Anhang I des EG-Vertrages (Tiere, tierische und pflanzliche Produkte zu Ernährung und Futterzwecken) dienen

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen
- Kauf von neuen Maschinen der Innenwirtschaft ausschließlich als Futterlade- und verteilwagen, Ausrüstung zur Exkremententfernung, Spezialmaschinen zur Direktvermarktung und Maschinen der Gewächshausbewirtschaftung
- Allgemeine Aufwendungen.

Die Höhe der Zuwendung (Zuschuss) beträgt in der Regel 25 % der Bemessungsgrundlage bis zu einem förderfähigen Investitionsvolumen von maximal 1,5 Mio. Euro.

Für die Erfüllung besonderer Anforderungen bei baulichen Maßnahmen durch die Verbesserung des Tierschutzes und der Tierhygiene kann ein Zuschuss von bis zu 30 % gezahlt werden. Junglandwirte erhalten zusätzlich auf Antrag einen Zuschuss bis zu 10 % der Bemessungsgrundlage, maximal 20.000 Euro im Förderzeitraum 2007 - 2013.

Ab 100.000 Euro bauliches Investitionsvolumen kann auch ein Zuschuss zur Baubetreuung gezahlt werden.

Zu beachten ist, dass ein Mindestinvestitionsvolumen von 30.000 Euro gefordert wird und dass maximal 3 Förderanträge im Zeitraum von 2007 bis 2013 möglich sind.

Von der Förderung ausgeschlossen sind Ersatzinvestitionen und Investitionen, die ausschließlich der Anpassung an Gemeinschaftsnormen dienen sowie Maschinen der Außenwirtschaft und Investitionen in Wohn- und Verwaltungsgebäude.

II. Ergänzende Landesmaßnahmen der einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen

Eine Förderung nach diesem Teil der Richtlinie ist nur zulässig, wenn eine Zuwendung nach I ausgeschlossen ist.

Zuwendungsempfänger sind hier Unternehmen der Landwirtschaft, unbeschadet der gewählten Rechtsform und unabhängig von der bewertungsrechtlichen und ertragssteuerlichen Einordnung als landwirtschaftlicher Betrieb

So können hier z. B. auch gewerbliche Tierproduktions- oder Gartenbauunternehmen eine Zuwendung erhalten.

Gefördert werden Investitionen, die in den Bereichen Tierproduktion, Gartenbau, Bewässerung und Direktvermarktung die baulichen und technischen Voraussetzungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit schaffen.

Die Höhe der Zuwendung beträgt auch hier in der Regel bis zu 25 % der Bemessungsgrundlage, das Mindestinvestitionsvolumen ist hier auf 15.000 Euro festgelegt.

III. Diversifizierung außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Im Rahmen dieses Fördergrundsatzes sollen landwirtschaftliche Unternehmen sowie mitarbeitende Familienangehörige für die Entwicklung und den Aufbau zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und neuer Einkommensquellen sowie die Erweiterung und Stärkung der Erwerbsgrundlage im ländlichen Raum gefördert werden.

In Brandenburg kann dafür ein Zuschuss bis zu 45 % gezahlt werden.

Das Mindestinvestitionsvolumen liegt bei 10.000 Euro.

Zu beachten ist hier vor allem, dass Anlagen zur Energiegewinnung aus regenerativen Ressourcen nicht förderfähig sind.

Da diese Richtlinie erst am 29. Oktober 2007 in Kraft gesetzt worden ist, wurde den Betrieben die Möglichkeit der Beantragung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns für geplante Investitionen eingeräumt, von der aus unserem Landkreis per 12. November 2007

27 Unternehmen mit einem Nettoinvestitionsvolumen von ca. 7 Mio. Euro Gebrauch gemacht haben.

Ab Dezember 2007 konnte bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg mit der Bearbeitung der Anträge begonnen werden. Die Vorhaben beziehen sich sowohl auf die Schweinezucht- und -mast als auch auf die Milch- und Geflügelproduktion und die Futterlagerung. Dies ist zu begrüßen, da vor allem die Tierproduktion Wertschöpfung schafft und Arbeitsplätze sichert.

7. Förderung ländlicher Raum

7.1. LEADER/ILE

Auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 wurde am 13. November 2007 die „Richtlinie des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der Integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und LEADER“ rückwirkend zum 01. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Nach dieser Richtlinie können folgende Vorhaben gefördert werden:

1. Maßnahmen zur Förderung der Vernetzung und Vermarktung land- und naturtouristischer Angebote und Dienstleistungen
2. Maßnahmen zur Information und Qualifizierung zur Entwicklung des ländlichen Raumes und zur Verbesserung der Akzeptanz von Natur- und Umweltschutzziele
3. Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung zur Erhaltung oder Schaffung von Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten
4. Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung ländlich geprägter Orte und der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur
5. Maßnahmen von überregionaler Bedeutung zur Entwicklung und Gestaltung von ländlichen Räumen mit hohem Kultur- und Naturwert und zur Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des Kulturerbes
6. Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung des natürlichen Erbes
7. Regionalmanagement durch qualifizierte Stellen außerhalb der öffentlichen Verwaltung zur Initiierung/Erarbeitung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der gebietsbezogenen lokalen Entwicklungsstrategie (GLES) einer „Lokalen Aktionsgruppe“ (LAG)
8. Modellhafte Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Schwerpunkte 1, 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005. Bei diesen handelt es sich im Einzelnen um:

Schwerpunkt 1: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft

Schwerpunkt 2: Verbesserung der Umwelt und der Landschaft

Schwerpunkt 3: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft

Am 23. November 2007 wurden in Forst die beiden kreisübergreifenden (MOL, LOS) Lokalen Aktionsgruppen LAG Oderland und LAG Märkische Seen als LEADER-Regionen bestätigt. Hierzu war die Vorlage einer GLES Voraussetzung. In beiden Konzeptionen haben sich die jeweiligen LEADER-Regionen hohe Ziele gesetzt.

In der GLES der LEADER-Region Oderland wird als Leitbild der Region das „Oderland – Lebens- und Wirtschaftsraum mit Zukunft“ entworfen. Die Entwicklungsziele zu diesem Leitbild beinhalten die Stärkung der Wertschätzung der eigenen Umgebung und damit die Stärkung der individuellen Verbundenheit mit der Region, die Erhöhung der Wertschöpfung als Instrument zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Lebensqualität der Menschen, das Weiterentwickeln des Images der Region durch das Erreichen eines hohen Qualitätsniveaus in allen Wirtschaftsbereichen sowie das Forcieren von Kooperationen, um die Wertschöpfungsketten zu stärken und das kulturelle Erbe der Region zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln. Aus diesen Zielsetzungen wurden die folgenden 4 Leitprojektthemen abgeleitet.

1. Wege die das Oderland verbinden,
2. Kulinarische Reise durch das Oderland,
3. Natur und Kultur im Oderland und
4. Innovatives Oderland .

Zu diesen Leitprojektthemen gibt es zurzeit insgesamt 163 Projektvorschläge mit einem Investitionsvolumen von 26.857.829,00 Euro. Unter dem Thema 1 sind 45 % aller Projekte ausgewiesen. Aus unserem Kreis sind unter Anderem solche Vorhaben wie die Qualifizierung des Fremdenverkehrs im Schloss Gusow, die Errichtung eines Biwakplatzes in Gorgast, Fahrradstützpunkte in Sachsendorf und Letschin oder Wasserwanderstützpunkte in Quappendorf und Neulewin enthalten. Im Leitprojektthema 2 sind z. B. der Aufbau einer Kochakademie in Wriezen, das Oder-Culinarium, die Hofmanufaktur in Neurüdnitz oder die Erweiterung der Koch und Kunst Galerie in Groß Neuendorf als Projekte aufgeführt. Die Erweiterung des Musenhofes in Kunersdorf oder der Ausbau des Storchenseums in Rathsdorf sind Vorhaben des dritten Schwerpunktes.

Als Beispiele für das Leitprojektthema 4 können solche Projekte wie das Kommunikationszentrum Bioenergiehof in Dolgelin, die Salicingewinnung aus Weiden oder ein Direktsaatverfahren mit Injektionsdüngung genannt werden.

LAG Oderland

Leitprojektthema	Anzahl Projekte	Invest.-Volumen	Anteil Anträge	Anteil Invest.-Volumen
		€	%	%
Wege die das Oderland verbinden	74	12.076.679,00	45,4	45,0
Kulinarische Reise durch das Oderland	26	3.773.150,00	16,0	14,0
Natur und Kultur im Oderland	44	7.720.000,00	27,0	28,7
Innovatives Oderland	19	3.288.000,00	11,7	12,2
gesamt	163	26.857.829,00	100,0	100,0

Auch die LAG Märkische Seen hat in ihrer GLES ihre Ziele in 4 Leitprojektthemen formuliert.

1. Märkische Seen - bewegt
2. Märkische Seen - entspannt
3. Märkische Seen – KulturGut
4. Ideen und Genuss

In der GLES sind zu diesen Themen 162 Projektvorschläge mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 21.081.860,00 Euro aufgelistet.

Die mit Abstand meisten Projekte (48 %) sind „Märkische Seen – bewegt“ zugeordnet worden. Hier sind u. a. eine Radlerstation in Prötzel, ein Wasserwanderstützpunkt in Rüdersdorf oder eine Wanderreitstation in Gottesgabe (Altfriedland) enthalten. Unter dem Leitprojektthema „Märkische Seen – entspannt“ kann die „Kreativer Funke – LebensKunstWerkstatt“ in Rüdersdorf genannt werden. Hierbei geht es um die Umnutzung des alten Spritzenhauses zur Errichtung eines kunsttherapeutischen Ateliers. In der Auflistung für das Thema 3 sind z. B. das Dorfkulturhaus Eggersdorf, die Umfeldgestaltung des Klosters in Altfriedland oder der Geopark in Buckow benannt. Als Beispiel für das Leitprojektthema 4 müssen die Modernisierung und Erweiterung des Hofladens des Obstgutes in Wesendahl und die Einrichtung einer Medienwerkstatt für Toleranz in Buckow Erwähnung finden.

LAG Märkische Seen

Leitprojektthema	Anzahl Projekte	Invest.- Volumen	Anteil Anträge	Anteil Invest.- Volumen
		€	%	%
Märkische Seen - bewegt	78	11.995.600,00	48,1	56,9
Märkische Seen - entspannt	7	499.900,00	4,3	2,4
Märkische Seen - KulturGut	50	5.875.060,00	30,9	27,9
Ideen und Genuss	27	2.711.300,00	16,7	12,9
gesamt	162	21.081.860,00	100,0	100,0

Dass in den GLES beider Regionen Projektlisten aufgeführt sind bedeutet nicht, dass diese mit der Bestätigung der GLES als abgeschlossen gelten. Neue Projektvorschläge können weiterhin aufgenommen werden, sofern diese den Zielen der jeweiligen Leitprojektthemen entsprechen.

Mit der Durchsetzung beider Regionen im LEADER-Wettbewerb kann die sehr erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre weitergeführt werden. Der Landkreis ist inzwischen in beiden Vereinen Mitglied.

Im Zeitraum von 2000 bis 2007 wurden im Landkreis Märkisch-Oderland 119 LEADER-Anträge durch das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLF) mit einem Fördervolumen von 7.370.047,32 Euro bewilligt.

Über die damals noch separate ILE-Richtlinie wurden im gleichen Zeitraum 80 Anträge durch das LVLF mit einem Fördervolumen von insgesamt 11.274.617,03 Euro bewilligt. Von diesen 80 Anträgen waren 20 private und 60 kommunale Maßnahmen. Beispiele sind der „Radwanderweg auf und entlang der Trasse der ehemaligen Oderbruchbahn“ oder die „Wegebrücke über den Richtgraben – Alter Bahndamm in Golzow“.

Richtlinie	Förderung 2000-2007		Förderung 2007	
	Anträge	Förderung in €	Anträge	Förderung in €
LEADER	119	7.370.047,32	36	3.421.614,61
ILE privat	20	1.416.472,11	2	200.000,00
ILE kommunal	60	9.858.144,92	6	1.485.398,89

7.2. Landschaftswasserhaushalt

Die extreme Abweichung der Niederschlagsmengen in 2007 vom langjährigen Mittel hat deutlich gemacht, dass der Klimawandel auch in unserer Region längst angekommen ist. Nach einer Übersicht der Versuchstation Manschnow betrug die gesamte Niederschlagssumme 664 mm und damit 225 mm mehr als im langjährigen Mittel. Auch die Temperatur war mit 10,8 °C um 2,2 °C zu hoch. Die ungleichmäßige Verteilung (April faktisch kein Regen, im Mai über 100 mm) ist allen noch in Erinnerung. In der Öffentlichkeit wurden vor allem die überfluteten Flächen und Keller im Havelland im Sommer letzten Jahres bekannt. Hier gab es Unterstützung durch die Landesregierung. Im Oderbruch war der Schädigungsgrad nicht ausreichend.

Erhöhte Wasserstände und vernässte Flächen z. B. in der Umgebung von Neutrebbin und dem unteren Oderbruch haben uns aber deutlich vor Augen geführt, dass dem Landschaftswasserhaushalt auch in Zukunft eine besondere Bedeutung zukommt. Auf der einen Seite sollte das Wasser bei Jahren mit extrem hohen Niederschlägen in gewissem Rahmen gespeichert werden können, um im Falle von Trockenperioden wieder zur Verfügung zu stehen. Andererseits ist eine ausreichende Abführung überschüssiger Wassermengen erforderlich. Eine sinnvolle Regulierung der Wasserstände der Gewässer 1. und 2. Ordnung ist hierzu nötig. Dies kann z. B. durch die Erhaltung und Sanierung von Schöpfwerken im Oderbruch und andere wasserbautechnische Maßnahmen im gesamten Kreis erreicht werden.

In den Jahren 2000 - 2007 wurden hierzu auch umfangreiche Vorhaben durch die Wasser- und Bodenverbände durchgeführt.

Bewilligte Fördermittel nach der Richtlinie Landschaftswasserhaushalt

2000 - 2007		2007	
Anträge	bewilligte Fördermittel	Anträge	bewilligte Fördermittel
55	5.416.600,73	20	2.123.478,86

Im Jahr 2007 wurden durch das LVLf u. a. folgende Maßnahmen gefördert:

- Rekonstruktion des Schöpfwerkes Nr. 2605 – Wuschewier
- Sanierung des Einlassbauwerkes am Mittelgraben
- Lieper Polder – Einzelbauwerke und Durchlässe
- Sanierung von Gewässerbauwerken im Schöpfwerksgebiet Hohensaaten

- Wiederherstellung von Kopfweiden durch einmalige Biotop verbessernde Maßnahmen
- Rekonstruktion des Schöpfwerkes Nr.3613 – Zollbrücke
- Sanierung der Gewässerbauwerke in der Reitweiner Loose
- Sanierung von Gewässerbauwerken in den Schöpfwerksgebieten Bienenwerder und Paulshof II
- Sanierung der Gewässerbauwerke am Wensegraben
- Sanierung Fanggraben, Teich, Rohrleitung und Graben zum Wederfließ Wegendorf
- Rückbau des Schöpfwerkes Zechin mit Errichtung einer Fischaufstiegstreppe.

Diese Investitionen tragen sicher dazu bei, die Situation des Landschaftswasserhaushaltes in unserem Kreis zu stabilisieren und zu verbessern, sind aber lange noch nicht ausreichend, um den veränderten Bedingungen des Klimawandels Rechnung zu tragen. Hieraus folgend kommt es auch in den folgenden Jahren darauf an, dass die Erfüllung der Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Landschaftswasserhaushalt anstehen, auf der Grundlage einer gesicherten finanziellen Ausstattung der beiden Verbände erfolgen kann. Insbesondere die kreisliche Unterstützung für die Schöpfwerkssanierung hat sich bewährt. Hinsichtlich der finanziellen Zuweisungen des Landesumweltamtes für den Unterhalt der Gewässer 1. Ordnung gibt es eine leicht positive Entwicklung, eine Aufstockung der Mittel ist zumindest zugesagt worden. Auch soll nun endlich das Wasseraufnahmevermögen der Alten Oder näher untersucht werden. Im Jahr 2008 soll zu dem ein neues Bodenordnungsverfahren Neurüdnitz/Neuküstrinchen begonnen werden. In diesem Rahmen sind mittelfristig Vorhaben angedacht, die die Wassertransportfähigkeit der regionalen Grabensysteme verbessern helfen.

Trotz dieses ungewöhnlichen Jahres 2007 ist aber grundsätzlich davon auszugehen, dass die Sommer trockener und wärmer werden und die Winter milder und feuchter.

Die Landwirtschaft und auch die Holzwirtschaft müssen sich darauf mit geeigneten Bewirtschaftungsformen und Sorten einstellen, der Wasserbau kann nur zu punktuellen Verbesserungen beitragen. Das haben auch die vorliegenden agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen gezeigt.

8. Ausblick

Mitteilung der EU-Kommission „Vorbereitung auf den GAP-Gesundheitscheck“

Im Jahr 2008 soll es nach dem Willen der EU-Kommission eine breite Diskussion darüber geben, inwieweit eine Modifizierung der gemeinsamen Agrarpolitik sinnvoll ist, ohne an den Grundfesten bis zum Jahr 2013 zu rütteln.

Die wichtigsten Vorschläge dabei sind:

- Vereinfachung und Effizienzverbesserung der Betriebsprämienregelung
 - Abkehr von Zahlungen auf Basis früherer Einnahmen (sog. historisches Betriebsprämienmodell) und Umstellung auf eine Regelung mit einheitlichen Sätzen,
 - Degression und Kappung, d. h. prozentuale Absenkung der Betriebsprämie bei größeren Betrieben in Abhängigkeit von Anzahl der Eigentümer und der Beschäftigten (Vorschlag Kommission: Zahlungen über 100.000 Euro – 10 % Kürzung; über 200.000 Euro – 25 %, über 300.000 Euro – 45 %),
 - Anhebung der Mindestfläche, die Landwirt zum Erhalt der EU-Beihilfen besitzen muss, über die derzeit geltenden 0,3 ha hinaus
 - Überprüfung der Cross-Compliance-Vorschriften, d. h. Streichung von unnötigen Verpflichtungen einerseits und Einführung von neuen Kriterien hinsichtlich Klimawandel.

- Anpassung der Marktstützungsinstrumente
 - weitere Abkehr von Interventionszahlungen und Exporterstattungen,
 - Abschaffung der Zahlungen für Flächenstilllegungen, aber Erhalt des ökologischen Nutzens über Maßnahmen aus der 2. GAP-Säule (ELER-Fonds),
 - allmähliche Absenkung der Milchquoten bis zum Ausstieg 2015.

- Reaktion auf neue Herausforderungen wie Klimawandel, Bioenergie, Erhalt der Artenvielfalt
 - Erhöhung der Modulation durch Umschichtung von jährlich 2 % der Mittel aus der 1. GAP-Säule (Direktzahlungen) in die 2. Säule,
 - Prüfung der weiteren Notwendigkeit einer Energiepflanzenprämie.

Die heftigsten Reaktionen haben – nicht überraschend – die Degressions- und Kappungsvorschläge hervorgerufen. Die deutsche Politik hat sich mehrheitlich dagegen ausgesprochen, die Landwirte und ihre verschiedenen berufsständischen Vertretungen haben naturgemäß unterschiedliche Auffassungen.

Wenn man die Thematik objektiv betrachtet, so ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Zahlungen hauptsächlich für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft und den Erhalt hoher Standards in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz sowie Lebensmittel-

sicherheit erfolgen. Wer also mehr Fläche bewirtschaftet, leistet einen entsprechend größeren gesellschaftlichen Beitrag. Dazu kommt, dass auch in unserem Landkreis die „größeren“ Betriebe zumeist Tierproduktion oder Dienstleistungseinrichtungen betreiben, die Wertschöpfung im ländlichen Raum schaffen und Arbeitskräfte binden.

Sollten die EU-Vorschläge so umgesetzt werden, wären in unserem Landkreis mindestens 100 Betriebe (ca. 23 %) von den Kürzungen betroffen, und das nur in Bezug auf die Betriebsprämie. Bei Einrechnung aller Direktzahlungen trifft es noch mehr.

Von diesen 100 Betrieben befinden sich:

- 50 in der Größenklasse 100.000 bis 200.000 Euro Betriebsprämie
- 25 in der Größenklasse 200.000 bis 300.000 Euro Betriebsprämie
- 25 in der Größenklasse > 300.000 Euro Betriebsprämie

Für diese 100 Betriebe müsste man mit Kürzungen in einer Größenordnung von ca. 5 Mio. Euro rechnen, was nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bleiben dürfte.

Dieses Modell bestraft expandierende Betriebe – und das nicht nur bei den Agrargenossenschaften. Auch Landwirtschaftsbetriebe im Haupterwerb oder GbR ab etwa 350 – 400 ha Flächengröße müssten Einbußen erleiden.

Neben diesen wirtschaftlichen Folgen käme es zu völlig differenzierten Zahlungen in einer Region, was von der EU-Kommission eigentlich nie gewollt war. Der Gesellschaft muss zudem jeder Hektar gleich viel wert sein, unabhängig von der Größe seines Nutzers.

Für Brandenburg sollte nicht unerwähnt bleiben, dass unter den 10 größten Empfängern von Direktzahlungen lediglich 1 Marktfruchtbetrieb ist.

Sehr kritisch muss ebenfalls die vorgeschlagene Anhebung der Modulation gesehen werden. Die Betriebe haben die Mittel der Direktzahlungen in ihren unternehmerischen Entscheidungen und Konzepten berücksichtigt und vertrauen auf Verlässlichkeit der Agrarpolitik. Inwieweit darüber hinaus über den Bund und das Land die Kofinanzierungsmittel für diese aufgestockten Mittel der 2. Säule dann zur Verfügung stehen, ist völlig offen.

Außerdem wissen wir aus der Vergangenheit, dass unsere Betriebe diese Modulationsgelder keineswegs wieder über andere Fördermöglichkeiten aus der 2. Säule (Agrar- und Umweltmaßnahmen, Förderung ländlicher Raum u. a.) zurück erhalten.

Alle anderen dargestellten Problembereiche sind durchaus überprüfungswert.

Das darf aber z. B. bei den Cross-Compliance-Regelungen nicht zu noch mehr Bürokratie und weiteren Einschränkungen im Vergleich zur weltweiten Konkurrenz führen.

Transparenzinitiative der EU-Kommission

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass es eine allgemeine Transparenzinitiative der EU gibt, die grundsätzlich davon ausgeht, dass die Bereitstellung von Informationen über die Verwendung von EU-Geldern im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt, weil die Kommission vor dem europäischen Steuerzahler rechenschaftspflichtig ist.

Daneben geht es aber auch um die Offenlegung von Lobbyarbeit und eine transparentere Gestaltung vieler Verfahren in allen Politikbereichen.

Hinsichtlich der im Internet veröffentlichten Liste der größten Landwirtschaftsbetriebe und der an sie gezahlten Zuschüsse ist unverständlich, dass nur die bloßen Zahlungssummen ohne jegliche Hintergrundinformationen veröffentlicht wurden. Ohne Zuordnung zu den konkreten Leistungen die dafür zu Gunsten der Gesellschaft erbracht werden (Beschäftigung, Verbraucherschutz, Tiergesundheit u. a.), ergibt sich aber ein verzerrtes Bild.

Es steht außer Frage, dass unsere Landwirtschaftsbetriebe offensiv mit diesen Veröffentlichungen umgehen müssen. Niemand muss ein schlechtes Gewissen haben.

Dass natürlich in der Öffentlichkeit Diskussionen aufkommen, wenn der RWE-Konzern ebenfalls Direktzahlungen erhält oder das englische Königshaus jedes Jahr aus diesen Töpfen 1 Mio. britische Pfund überwiesen bekommt, ist nicht verwunderlich.

Agrarförderung 2008

Das Antragsverfahren wird in diesem Jahr grundlegend reformiert, darauf müssen sich die Antragsteller einrichten.

Die bisherigen zwei Antragsbestandteile (Papierantrag/Online-Antrag sowie AgroView als grafischer Teil) werden nunmehr enger miteinander verknüpft.

Jetzt gibt es nur noch einen Antrag auf Agrarförderung. Jeder Betriebsinhaber erhält eine personalisierte Antrags-CD mit den Softwareprogrammen AgroView und Profil-inet mit vorgetragenen Vorjahresdaten. Es gibt keine vorgedruckten Papieranträge mehr.

Das Landwirtschaftsamt hält einige gedruckte Leerformulare vor, darüber hinaus ist es grundsätzlich möglich, dass Antragsteller oder in Ausnahmen auch das Amt personalisierte Antragsformulare ausdrucken. Sicherlich hat die enge Verzahnung beider Programmteile viele Vorteile und wird die Arbeit von vielen Antragstellern erleichtern.

Es bleibt aber offen, wie viele der Antragsteller Respekt vor den technischen Anforderungen haben und deshalb das Landwirtschaftsamt um Unterstützung bitten werden, zumal viele die Kosten für externe Berater nicht tragen können.

Ende März/Anfang April finden 3 Schulungsveranstaltungen für Landwirte im Zentrum für Erwachsenenbildung und Medien (Landwirtschaftsschule Seelow) statt. Sollte darüber hinaus weiterer Schulungsbedarf bestehen, sind weitere Veranstaltungen auch im Computerkabinett des Landkreises möglich.

Im Rahmen seiner rechtlichen und personellen Möglichkeiten wird das Amt für Landwirtschaft Sorge dafür tragen, dass auch im Jahr 2008 ein korrektes und flüssiges Antragsverfahren abläuft, damit die Betriebe die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen auch erhalten.